

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1299

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Kersch, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abgabepreis einschließlich Dringelosen mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komposition
30 Pf., die 90 mm breite Reklameweite 1,50 M., für mehrwöchige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Proz. Rabatt. Für Beilagenbelegung 10 Pf.

Nr. 145

Dresden, Freitag den 25. Juni 1926

37. Jahrg.

Das neue Verrätergeschrei

Es mag manchem kommunistischen Agitator schwer fallen, während des Kampfes für die Enteignung der Fürsten nicht die üblichen Schimpereien gegen die Sozialdemokratische Partei loslassen zu können. Nachdem es ja überhaupt nicht gelungen, uns in einer ganzen Anzahl von kommunistischen Beratern zum Volksbegehren und zum Volksentscheid beredet worden, daß die Redner den größten Teil ihrer Ausführungen gegen die Sozialdemokratie gerichtet haben. Jetzt, nachdem dieser Kampf, zunächst wenigstens, abgeschlossen ist, geht das Geschimpf und das Loben auf der ganzen Linie wieder los. Schon am Tage nach dem 20. Juni meldet die kommunistische Presse in großen schreienden Überschriften den Verrat der SPD-Führer und teilt der Welt mit, daß die Sozialdemokratie jetzt für die Abfindung der Fürsten im Reichstag ist. Dieser Kampf ist sicher nicht anders als die niedrigste Demagogie, die aus opportunistischen Rücksichten auf die Partei geboren ist. Aber es lohnt sich, in diesem Falle einmal sachlich zu untersuchen, ob die Kommunisten durch ihre eigene Haltung im Reichstag den Fürsten zu nicht noch größeren Abfindungen verhelfen, als es mit dem höchst unzulänglichen Entwurf der Regierung beabsichtigt ist.

Nachdem im Volksentscheid die entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht durchgegangen ist, wird jetzt im Reichstag der Entwurf der Regierung als Grundlage für die endgültige gezielte Regelung beraten. Dieser Gesetzentwurf ist höchst unzulänglich und auch gefährlich. Und wir sind durchaus der Meinung, daß weder diese Regierung noch dieser Reichstag die Energie aufbringen können, ein Fürstenabfindungsgesetz zu beschließen, das unsere Ansprüche von Berechtigung und Gerechtigkeit genügt. Wir sind auch weiter der Meinung, daß die Sozialdemokratische Partei unter keinen Umständen einer gezielten Regelung ihre Zustimmung geben darf, die dem, was die Sozialdemokratie in dieser Frage bisher vertreten hat, völlig widerspricht. Sind die bürgerlichen Parteien der unerhüllterlichen Meinung, daß den Fürsten Milliarden gegeben werden müssen, halten sie vor allen Dingen daran fest, daß die letzte Entscheidung darüber den nur so bekannten Richtern anvertraut wird, dann wird die Sozialdemokratie diese Regelung unter allen Umständen abzulehnen und die Auflösung des Reichstages herbeiführen zu haben. Es ist uns bis jetzt noch keine Stimme eines prominenten sozialdemokratischen Führers zu Gehör gekommen, und wir haben noch nirgends gelesen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Reichstagsauflösung aus dem Wege gehen will. Jetzt aber steht im Reichstagsausschuß der Gesetzentwurf der Regierung zur Beratung. Die Sozialdemokratie arbeitet an der Verbesserung dieses Gesetzentwurfs mit, ohne irgendwie ihre endgültige Entscheidung getroffen zu haben. Es sind so besonders gefährliche Formulierungen darin, die ausgemerzt sind schon. Und wegen dieser Vorkarbeit schallt jetzt das bekannte Verrätergeschrei der Kommunisten durch das Reich.

Sie machen es sich sehr leicht. Sie geht das Gesetz nichts an. Daß ihr Verhalten dazu führen kann, daß das Gesetz mit deutschnationaler Hilfe noch verschlechtert wird, das scheint ihnen gar nichts auszumachen. Es ist sehr wohl möglich, daß durch diese vorläufige Taktik der Kommunisten deutschnationale Verschlechterungsanträge, die von den Sozialdemokraten und vielleicht auch von einzelnen demokratischen und Zentrumsgesetzten bekämpft werden. Annahmen finden, weil die Kommunisten sich für desinteressiert erklären. Und es ist nicht völlig ausgeschlossen, daß dann der so verklärte Gesetzentwurf der Regierung mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien angenommen wird. Die Kommunisten hätten dann erreicht, daß die Fürsten tatsächlich noch mehr an den Hals gehoben bekommen, als ihnen der Gesetzentwurf ursprünglich zubilligen wollte. Ob das im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegt oder ob sie da gar, wie es ihr Führer im Reichstagsausschuß des Reichstages behauptete, im Auftrag der 14 1/2 Millionen Wähler vom 20. Juni handeln, das möchten wir doch sehr stark bezweifeln. Ist es da nicht richtiger, die Sozialdemokratie verurteilt das merkwürdige Gesetz so zu beschließen, daß es unter keinen Umständen die Billigung der Reichstagsparteien finden kann? Wenn es dann, was sehr wahrscheinlich ist, auch nicht für die Sozialdemokratie annehmbar ist, dann ist eine Ablehnung jedenfalls viel sicherer als durch die primitive Taktik, die die Kommunisten jetzt eingeschlagen haben. Mit der Ablehnung des Gesetzes werden dann auch der Rücktritt der Regierung und die Reichstagsauflösung zur starken Wahrheitsähnlichkeit. Auf dem Wege, auf dem die Kommunisten glauben zu ihr kommen zu können, scheint uns das viel weniger aussichtsreich.

Es also bei dieser Sachlage auch nur der geringste berechtigte Grund dazu da, von einem Verrat der SPD-Führer an den 14 1/2 Millionen zu reden und zu schreiben? Höchstens, wenn die Kommunisten ihre opportunistischen Bedürfnisse als einen „berechtigten Grund“ ansehen. In andern Fragen, die im Reichstag zur Beratung stehen, und die für die Arbeiterklasse doch immerhin auch eine wichtige Bedeutung haben, bedient sich übrigens die kommunistische Partei derselben Taktik, deren sich die Sozialdemokratie auch im

Fürstenabfindungskampf bedient. Auch da arbeiten die Kommunisten, nämlich an den Gegenseitigkeiten mit, stellen Verbesserungsanträge genau so wie die Sozialdemokraten, auch, und die Friedigung der Reichsknapenschaftsversicherungs-Novelle zeigt, daß die Kommunisten sogar einem Gesetz zustimmen, bei dem die bürgerlichen Parteien die Anträge der proletarischen Vertreter im Reichstages abgelehnt haben. Die Kommunisten sind also nicht in jeder Frage so revolutionär, wie sie sich jetzt in der Fürstenabfindung gebärden. Und dabei haben sie gerade hier die allergeringste Veranlassung dazu. Sie müssen es wissen, daß weder das Volksbegehren mit Erfolg abgeschlossen worden wäre, noch die 14 1/2 Millionen für den Volksentscheid aufzubringen gewesen wären, wenn die Durchführung des Kampfes von der SPD hätte organisiert werden müssen. Das wäre eine fürchterliche Pleite geworden, weil die Organisation der SPD, so schwach, wenig geübt und so einflusslos ist, daß sie so große Massen gar nicht auf die Beine bringt.

Ansichts der ungeheuren Arbeit, die die Sozialdemokratische Partei und Tausende ihrer Funktionäre in der Volksentscheidbewegung geleistet haben und mit der die der SPD, nicht zu vergleichen ist, ist es eine ganz besondere Demagogie, am Rande des Kampfes von einem Verrat der Sozialdemokratischen Partei zu reden. Die Kommunisten mögen schreiben, die Sozialdemokratische Partei wird sich nicht betreten lassen. Sie ist nach wie vor gegen die schamlosen Forderungen der Fürsten und wird, soviel es auf sie ankommt, in den kommenden Wochen und Monaten den Beweis erbringen, daß sie den Erfolg vom 20. Juni für den proletarischen Kampf auszuwerten versteht.

Unwetter und Hochwasser

Dammbrüche an der Elbe

D. Das Hochwasser, das infolge der ungeheuren Regenfälle der letzten Wochen zunächst vor allem die Quellgebiete der Flüsse, die Gebirgsgebirgen, vorhergehend heimgekehrt hatte, wird jetzt in den Niederungen der großen Flüsse von Tag zu Tag bedrohlicher, vielerorts geradezu zur Hochwasserkatastrophe. Das trifft vor allem auf den Unterlauf der Oder und den Mittellauf der Elbe zu. In Mitteldeutschland, in der Gegend von Magdeburg, sind die

Ufer der Elbe und die anliegenden Gebiete meilenweit überflutet. Zahlreiche Deichebrüche sind zu verzeichnen, so daß unübersehbare Strecken fruchtbarer Ackerbodens überflutet und verschlammte sind und die Getreide- und Kartoffelernte zum großen Teil vernichtet ist. Die ständigen wolkensbrudartigen Gewitterregen lassen auch die sonst harmlosen Nebenflüsse weit über die Ufer treten. Der höchste Wasserstand im Unterlauf der Flüsse wird sogar erst für die nächsten Tage erwartet. Bei Magdeburg haben die Fluten die Elbdämme zwischen Hohenwarthe und Ricaripp durchbrochen, oberhalb Magdeburgs gelang es den Pionieren einstweilen, die Dämme zu halten. Überall sind die Feuerwehren der Städte und Dörfer aufgebotsen, um auf Automobilen an den gefährdeten Stellen eingeseht zu werden. Nur unter äußerster Anstrengung gelang es bisher, die wichtige Eisenbahnstrecke Berlin-Magdeburg vor Zerstörung zu retten.

Die Hochwassergefahr ist auch in Nordwestdeutschland akut geworden. Aus Oldenburg und von der Unterweier und Unterelbe kommen bedrohliche Nachrichten von bereits eintretenden gewaltigen Ueberschwemmungen, die sich meilenweit hinziehen und bereits einen großen Teil der Heuernte betroffen haben. Bei Lüneburg ist das Wasser in die Keller und Gärten gedrungen und droht auch der Oberteile mit Vernichtung. Im ganzen sind dort bereits 150 Hektar Land überflutet. Die größte Welle wird erst in den ersten Tagen des Juli erwartet. Schon jetzt sind alle Reichskommandos alarmiert. Das Vieh wird von der Weide getrieben, und ein besonderer Hochwasserdienst ist eingerichtet worden.

Ueberschwemmungen in Ostdeutschland

Der Begehrstand der Oder steigt im Unterlauf ebenfalls ununterbrochen. Bei der Stadt Crossen sind weite Strecken vom Wasser überflutet, zahlreiche Wohnungen mühen geräumt werden. Die Hochwasserwelle hat vor allem auch im Riese- und Oderbruch alles überflutet; im Warthebruch ist ein Damm geborsten, so daß ebenfalls Pioniere eingeseht werden mühten. Zwischen Schwedt und Stettin stehen die Oderwiesen überall unter Wasser, und die Dörfer sind um ihre Gemüde- und Heuernte gekommen. Das Hochwasser im Spreewald hat den Höchststand der letzten Jahrzehnte schon erheblich überschritten und sämtliche Nieder überflutet. Mit einer Fläche von annähernd 10 Quadratkilometern bildet der Spreewald jedoch ein natürliches Schutzwehr für die Reichshauptstadt, in der sich das Hochwasser bis jetzt nicht bemerkbar macht.

Neuwahlen als letzte Lösung

D. Berlin, 25. Juni. (Eig. Funkdruck.) Die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstagsausschuß des Reichstages werden in der heute beginnenden zweiten Lesung des Fürstenabfindungsgesetzes ihre bisher abgelehnten Verbesserungsanträge nochmals stellen. Am Nachmittag soll sich dann die Fraktion mit der Fürstenabfindung befassen, nachdem vorher die Verhandlungen zwischen den Fraktionen stattgefunden haben.

Die bürgerliche Presse betrachtet die Entwicklung heute wieder pessimistischer als gestern, und das Zentrumsgesetz Germania droht auch heute für den Fall, daß die Verhandlungen scheitern, mit

der Auflösung des Reichstages.

Vorläufig ist das nur eine Drohung, vor der aber alle bürgerlichen Parteien zurückschrecken. Die Germania (Zentrumsbüchse) schreibt dann weiter:

„Das Zentrum wird auch im Laufe der nächsten Tage unverändert an seinem bekannten Standpunkte festhalten und bereit sein für das Gesetz zustande zu bringen. Es kann sich nicht mit einer formaljuristischen Regelung begnügen, sondern wird die Lösung suchen, die den gesamtpolitischen Interessen des deutschen Volkes gerecht wird. Es hat keinen Zweifel daran geäußert, daß es für Erreichung dieses Zweckes jedes parlamentarische Mittel schrankenlos einsetzt.“

Die volksparteiliche Tägliche Rundschau sagt: „Die Sozialdemokraten verlangen, daß es gestattet sein soll, einen abgeschlossenen Vergleich auch schon durch einseitigen Antrag der Länder anzusehen. Durch diese Forderung werden die Verhandlungen sehr stark kompliziert. Während die Haltung der Demokraten und des Zentrums unklar ist, gilt es als ausgeschlossen, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei dieser Forderung zustimmen. Durchaus ablehnend verhält sich auch die Bayerische Volkspartei, deren Vertreter im Ausschuß auch gestern schon gegen den Antrag auf entschädigungslose Abfindung der Fürsten und Kronrenten gestimmt haben. Unter diesen Umständen erscheint eine Verständigung mit den Sozialdemokraten ausgeschlossen, wenn die sozialdemokratischen Forderungen aufrechterhalten werden. Die Lage hat also an ihrer Bedenklichkeit nichts verloren.“

Verhandlungen ohne Ergebnis

Die Erweiterung der Rückwirkungen und die inwärtigen angenommenen Forderung auf entschädigungslosen Fortfall der Kronrenten und Zinslizenzen.

D. Am Donnerstag nachmittag wurden die Verhandlungen über das Fürstenabfindungsgesetz zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie fortgesetzt. Man besahe sich vor allem mit der von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Rückwirkung auf bereits ergangene Urteile und mit der Befreiung des Sondergerichts durch vier Richter und vier Laien. Die sozialdemokratischen Vertreter benutzten die Gelegenheit, diese Forderungen eingehend zu begründen, während die Regierungsparteien die Gründe für die nach ihrer Meinung notwendige Aufrechterhaltung der entsprechenden Paragraphen des Entwurfs äußerten. To alle beteiligten Fraktionen kurz nach der Beendigung der Plenarverhandlungen Fraktionssitzungen angelegt haben, wurden die Besprechungen nach einer Dauer von einer halben Stunde ohne Ergebnis auf Freitag verlagert.

Die Regierungsparteien hoffen, die Beratungen des Reichstagsausschusses bis Montag zu Ende führen zu können, so daß am Dienstag im Plenum mit der Verlesung des Fürstenabfindungsgesetzes begonnen und der Reichstag am 3. Juli in die Herbstferien gehen kann. In welchem Maße diese Hoffnungen in Erfüllung gehen, hängt im wesentlichen von den Bupeständnissen in der Fürstenabfindungsfrage an die Sozialdemokratie ab. In der Donnerstagssitzung des Reichstagsausschusses hat der Abg. Rosenfeld bereits erklärt, daß sich die sozialdemokratische Fraktion durch die Annahme ihrer Forderung auf entschädigungslosen Fortfall der Kronrenten noch nicht für befriedigt erklären kann.

Da am Donnerstag ein befriedigendes Ergebnis noch nicht vorlag und die Verhandlungen zwischen den Fraktionen am Freitag fortgesetzt werden, nahm die sozialdemokratische Fraktion in ihrer gestrigen Sitzung nur einen Bericht über die bisherigen Erörterungen entgegen. Eine endgültige Entscheidung über ihre Stellungnahme zu dem Abfindungsgesetz ist erst nach Beendigung der Verhandlungen mit den Regierungsparteien zu erwarten.

Seite 14
des
ds
6.
4-409608
mberech
samit.
ziten war.
tsches
mit
9608
%
presse!
effische
h hatten
ergasse 17
Querschnitt
erhalten
erwagen
u verlaufen
nfrage 80
ane links.
maschine
u erhalten
Nr. 3.1. r. 10022
RESDEN.A.
iesengasse 3
ngelstraße 15
ertragen 18
ebot
keln
ung
3.20
50 Pf.
titel

Beratung der Fürstenabfindung

Die Sozialdemokratie legt entschädigungslose Enteignung der Kronrenten durch

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:
Der Reichsausschuss des Reichstages setzte am Donnerstag die Beratungen des Fürstenabfindungsgesetzes bei § 8 der Regierungsvorlage fort. Mit 16 gegen 9 Stimmen bei Enthaltung der Kommunisten wurde ein sozialdemokratischer Änderungsantrag angenommen, wodurch § 8 folgende einfache Fassung erhielt:

„Stillsitzende, Kronrentenbesitzer, Kronrentenbesitzerinnen und ähnliche Renten fallen entschädigungslos fort.“

Vor der Abstimmung fand eine längere Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag statt. Abg. Landsberg (Soz.) wies in der Begründung darauf hin, daß diese Renten eine Repräsentation der Fürsten darstellten. Sie müßten in der Republik in Fortfall kommen. Allein bei den Hohenzollern handle es sich um einen Wert von 8 Millionen Mark, den es dem Volke zu überlassen gilt. Abg. Flieger (Soz.) bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag als entschädigungslose Enteignung von Privatvermögen. Abg. Pätz (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag als den ersten Schritt zur

„Einkürzung in das Privateigentum“.
Ein Vertreter des preussischen Finanzministeriums erklärte, daß diese niemals den prätorischen Charakter der Kronrentenministerien anerkannt habe. Schon lange vor der Revolution habe der preussische Justizminister Pökel in einem Gutachten den Standpunkt vertreten, daß diese Renten eine öffentliche Last seien, für die eine Entschädigungspflicht nicht bestehe. Abg. Dr. Wunderlich (D. Fr.) erklärte, es solle den Vertretern der Deutschen Volkspartei zwar schwer, der sozialdemokratischen Forderung zuzustimmen, aber weil sie das Zustandekommen des Gesetzes für dringend notwendig hielt, seien sie bereit, ein Opfer zu bringen. Für das Zentrum erklärte Abg. Schulte ebenfalls die Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag. Das Zentrum habe entsprechend dem Gutachten des früheren Justizministers Pökel schon immer den Standpunkt eingenommen, daß diese Renten entschädigungslos fortzufallen müßten. Von den Nationalen (Dem.) sprach sich gleichfalls für den sozialdemokratischen Antrag aus.

Vor der Abstimmung unterrichtete Abg. Rosenfeld (Soz.) noch einmal, daß durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages die Enteignung von Privateigentum ausgeführt werde, was aber auch durch die Regierungsvorlage geschehe, die ja gerade deshalb von der Regierung als verfassungswidrig bezeichnet worden ist. Gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmten die Nationalen, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung. Die Kommunisten erhielten sich der Stimme, obwohl der sozialdemokratische Antrag völlig übereinstimmt mit dem Gesetzesentwurf des Reichsausschusses und die entschädigungslose Enteignung vorliehe.

Das Ringen um Mäulen und Bibliotheken
Die Paragraphen 9 und 11 der Vorlage behandeln die Streitfrage, die, wie Schiller, Theater, Mäulen, Bibliotheken, Verfassungen usw., aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit vorweg ohne Entschädigung dem Lande zufällt. Abg. Eberling (Soz.) beantragte Streichung dieser Paragraphen, weil er in ihnen eine entschädigungslose Enteignung erblickt, wodurch alles der allgemeinen Zweckmäßigkeit preisgegeben werde. Er trat für eine angemessene Entschädigung ein. Abg. Rosenfeld (Soz.) wies darauf hin, daß es sich hier lediglich um

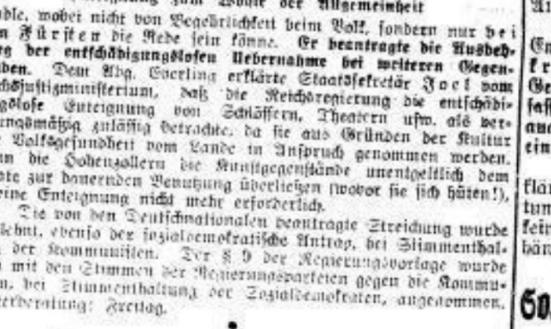
Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit handle, wobei nicht von Rechtlichkeit beim Volk, sondern nur bei den Fürsten die Rede sein könne. Er beantragte die Ausbesserung der entschädigungslosen Übernahme bei weiteren Gegenständen. Dem Abg. Eberling erklärte Staatssekretär Joch vom Reichsjustizministerium, daß die Reichsregierung die entschädigungslose Enteignung von Schiffern, Theatern usw. als verfassungsmäßig anerkenne, da sie aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit dem Lande in Anspruch genommen werden. Wenn die Hohenzollern die Kunstgegenstände unentgeltlich dem Lande zur dauernden Benutzung überließen (wobei sie sich hätten), sei eine Entschädigung nicht mehr erforderlich.

Die von den Nationalen beantragte Streichung wurde abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, bei Stimmhaltung der Kommunisten. Der § 9 der Regierungsvorlage wurde dann mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Kommunisten, bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten, angenommen. Weiterberatung: Freitag.

Verlängerung des Sperrgesetzes
D. Berlin, 25. Juni. (Eig. Funkdruck.) Der Reichstag beschloß am Donnerstag eine Verlängerung des Sperrgesetzes zur Ausübung von Befehlen in den Fürstenabfindungsprozessen bis

Die Politik in der Weltkarikatur

Der Schulkampf in Oesterreich
Der Unterrichtsminister verordnet ...



— Also schreiben Sie noch hinein, daß die Kinder Rischenkieder tragen und beten müssen, daß sie väklich empfinden sollen, daß sie den Katecheten und sonst nichts auf der Welt fürchten mögen und daß sie, wenn Zeit dazu bleibt, auch lernen dürfen. („Arbeiter-Zeitung“, Wien.)

zum Ende des Jahres 1928. Im Reichstag wurde dieser Beschluß damit begründet, daß das Schicksal des Regierungsentwurfes zur Fürstenabfindung vorläufig noch nicht abzusehen sei.

Wilhelm der Unerfättliche

Neben den Ansprüchen Wilhelms aus seinem Besitz in Deutschland, erbt der Delerenz auch ungeheure Entschädigungsansprüche aus dem Besitz, den er früher schon in Auslande hatte. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichsausschusses des Reichstages haben an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet:

In der Presse ist mitgeteilt worden, daß Wilhelm II. unter Berufung auf den Friedensvertrag von Versailles beim Reichsausschuss des Reichstages folgende „Schäden“ aus seinem Auslandsbesitz angemeldet hat:

1. Das Inventar des Schlosses in Posen mit einem angeblichen Friedenswert von 544 160 Mark;
2. die zum Hausbesitz im Bezirk Bromberg, Posen und Marienwerder liegenden Güter;
3. die zum Familienbesitz im Bezirk Posen und Bromberg liegenden Güter;
4. die Villa Falconeri bei Frascati;
5. die Villa Silberstein in Areo mit einem angeblichen Friedenswert von 360 000 Mark;
6. das Anwesen auf Korfu mit einem angeblichen Friedenswert von 25 Millionen Mark;
7. das Schloss und Inventar Kreville in Lothringen mit einem angeblichen Friedenswert von rund 1 338 000 Mark;
8. das Inventar der Hofburg mit einem angeblichen Friedenswert von rund 205 000 Mark.

Wir fragen:
1. Sind diese Ansprüche angemeldet und anerkannt worden?
2. In welchem Umfang ist das geschehen und welche Gründe rechtfertigen es, daß die Ansprüche Wilhelms II. erfüllt wurden, während von den 319 000 Geschädigten noch eine große Zahl auf die Erfüllung von Ansprüchen wartet, die man ihnen seit vielen Jahren zugesagt hat?
3. Haben die Voraussetzungen, die bei allen sonstigen Geschädigten für eine dringliche Erledigung verlangt werden — Krankheit, Obdachlosigkeit, unerschuldete Erwerbslosigkeit, drohende Pfändung usw. — hier vorgelegen?

Rückzug der Regierung

Keine Verschlechterung des Volkseinkommens

D. Berlin, 25. Juni. (Eig. Funkdruck.) Der Reichstag hat am Donnerstag in seiner Mehrheit beschlossen, als ersten Punkt der heutigen Tagesordnung das von der Regierung Luther eingebrachte Gesetz zur Verwässerung des Volkseinkommens zu behandeln. Es handelt sich um ein wesentliches um einen Entwurf, der die Möglichkeit des Volkseinkommens und des Volkseinkommens erschweren sollte. Die Regierung hatte diese Erleichterung so eilig, weil sie noch schnell das beantragte Volksbegehren der geprellten Sparer und Gläubiger zur Erreichung erhöhter Aufwertung unmöglich machen wollte.

Die Regierung hat nun am Donnerstagabend ihren Entwurf zurückgezogen, nachdem die Sozialdemokratie keinen Zweifel darüber gelassen hatte, daß sie dem Gesetzentwurf keineswegs zustimmen wird und für die verfassungsmäßige Durchführung der staatsbürgerlichen Rechte auch in dem Falle der Sparer und Gläubiger entschieden eintreten würde.

Ämlich läßt die Reichsregierung zu ihrem Schritt erklären, daß ihre Einstellung zu dem Problem der Aufwertung die gleiche ist wie die der vorigen Regierung. Sie will keine höhere Aufwertung und hält es für wirtschaftlich verhängnisvoll, das Aufwertungsproblem nochmals aufzurollen.

Sozialdemokratischer Vorstoß zur Steilheinhaltung

Im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen hat das Reichsfinanzministerium das Kontingent für die soziale Einfuhr von Gefrierfleisch nachträglich herabgesetzt. Dadurch sind in der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung große Schwierigkeiten entstanden. Um sie zu beseitigen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag ein-

gebracht, der verlangt, daß die soziale Einfuhr von Gefrierfleisch künftig in der Höhe zugelassen ist, die in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1925 erreicht wurde. Der Antrag wurde auch von einzelnen Mitgliedern der demokratischen und der Zentrumsfraktion unterstützt.

Der Feme-Untersuchungsausschuss

Dem Untersuchungsausschuss des Reichstages zur Klärung der Feme-Morde, der am Donnerstag seine Arbeiten fortsetzte, lag ein Schreiben des bayerischen Staatsministeriums vor, in dem verlangt wird, daß für die Vernehmung bayerischer Beamten seit dem Einbruch der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder der bayerischen Reichstagsfraktion des Ausschusses im Sinne der Forderung des bayerischen Ministerpräsidenten.

Abg. Dr. Lebi (Soz.) machte dann als Berichterstatter die Mitteilung über die Klärung der Feme-Morde, der am Donnerstag seine Arbeiten fortsetzte, lag ein Schreiben des bayerischen Staatsministeriums vor, in dem verlangt wird, daß für die Vernehmung bayerischer Beamten seit dem Einbruch der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder der bayerischen Reichstagsfraktion des Ausschusses im Sinne der Forderung des bayerischen Ministerpräsidenten.

Caillauxs Rettungspläne

Einführung der Skatologie — Schließung der Nachtlokale
P. Paris, 24. Juni. (Eig. Draht.) In politischen Kreisen ist die Aufnahme des neuen Kabinetts im Laufe des Donnerstags etwas freudig geworden. Man erwartet, daß das Programm genaue Angaben über die vom Finanzministerium geplante Sozialpolitik enthalten wird. Caillaux will durch richtiger Sozialpolitik die Staatsausgaben bis bisher vergeblich angestrebte Gleichgewicht im Budget herstellen. Caillaux' Programm soll folgende Maßnahmen im Auge fassen: Theater, Schluß um 11,30 Uhr, vollständige Schließung der Nachtlokale, Wiedereinführung der Brot-, Zucker- und Benzinkarte, Verbot des Lohndruckes und Gehaltssteuern für die Staatsbeamten und Arbeiter, verbunden mit einer starken Reduktion an Ausstellungen. Die sozialistische Kammerfraktion hat beschlossen, die neue Regierung über ihre allgemeine Politik zu interpellieren und auf genaue Darlegung ihres Gesamtprogramms zu dringen.

Deutscher Reichstag

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Am Donnerstag hielt der Reichstag nur eine kurzweilige Plenarsitzung ab, da die Wende des Donnerstags den Fraktionssitzungen vorbehalten bleiben sollen. — Ein kommunistischer Antrag auf Einstellung des Hochverratsverfahrens gegen die Abg. Dederer, Hörsing, Koenen, Pfeiffer, Kemmele und Stoecker wurde dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Mehrere kleine Vorlagen wurden ohne nennenswerte Aussprache erledigt.

Bei der zweiten Beratung eines von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzesentwurfes auf Abänderung des Rentengesetzes beantragte das Zentrum, in einem Nachtragsetat 100 Millionen Mark zur Erhöhung der Unterhaltung von Kriegsgeschädigten zu bewilligen. Die Sozialdemokratie verlangte für denselben Zweck 150 Millionen Mark. Die Kommunisten beantragten, nur die Befolgungsgruppen 1 bis 7 zu berücksichtigen. Die Zentrumspartei verlangte außerdem, daß die gesamte Materie noch einmal an den Hauptauschuss zurückverwiesen werde. Dagegen erließ der Deutsche Volkspartei Morath Einspruch. Der sozialdemokratische Abg. Steinfort forderte ebenfalls die Zurückverweisung an den Hauptauschuss. Er führte aus, daß nach dem volksparteilichen Gesetzentwurf die Offiziere des alten Decretes 4000 bis 6000 Mark Pensionserhöhung erhalten würden, während

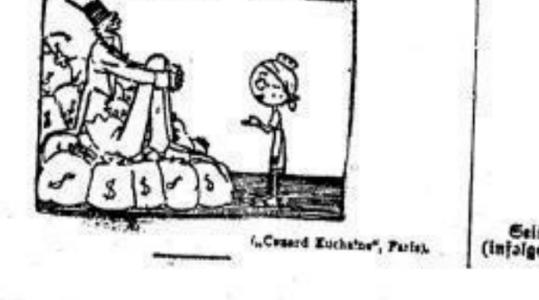
für die Kriegsgeschädigten nichts Ausreichendes geschehe. Die Zurückverweisung an den Hauptauschuss wurde beschlossen. Dabei kam es innerhalb der volksparteilichen Fraktion zu einer Spaltung und zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Morath und andern volksparteilichen Abgeordneten. Der ganze volksparteiliche Gesetzentwurf ist rein agitatorisch und soll vor allem

Der franks Franc



Beland schenkt dem franks Franken ein Gläschen „Dovisenordnung“ ein. („Volksrecht“, Zürich.)

Frankreichs Anleihegeschäft bei Amerika



— Seit Rocarno ist Herr Tschitscherin bedeutend schwerer geworden (infolge der Verträge mit der Türkei und Deutschland). („L'oeuvre“, Moskau.)

Der Sowjetdiplomate



Was wollen Sie mit dieser Leiter? „Ich will nachsehen, wohin das Pfund Sterling geklettert ist.“ („Comard Kuchate“, Paris.)

Der Sowjetdiplomate



— Seit Rocarno ist Herr Tschitscherin bedeutend schwerer geworden (infolge der Verträge mit der Türkei und Deutschland). („L'oeuvre“, Moskau.)

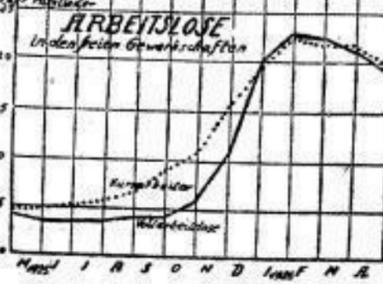
den Offizieren der früheren Armee dienen.

Das Haus lehnt damit die zweite Beratung des Reichsgesetzes zur Änderung des Dienstvertragsgesetzes ab. Der Reichstag hat am 24. Juni das Reichsgesetz zur Änderung des Dienstvertragsgesetzes abgelehnt. Der Reichstag hat am 24. Juni das Reichsgesetz zur Änderung des Dienstvertragsgesetzes abgelehnt.

Stimmenmehrheit einen Antrag Heiler, Verbands an, wonach hinter dem § 1 der Robelle folgender Satz einzufügen ist: „Er (der Besondere an Schwachstellen) ist in den Ausweisen der Reichsbank gefordert auszuweisen und darf nicht als Notendeckung im Sinne des § 28 des Reichsbankgesetzes verwendet werden.“

Die Arbeitslosigkeit

Die aus den Aufstellungen des V.D.G.M. hervorgeht, ist die Arbeitslosigkeit innerhalb der freien Gewerkschaften im April stärker zurückgegangen als in den vorhergehenden Monaten. Am Ende des Monats waren von 2,88 Millionen Arbeitern 18,8 Proz. arbeitslos.



Romans waren von 2,88 Millionen Arbeitern 18,8 Proz. arbeitslos. Wenn dieser auch zweifelslos zum Teil eine Nachwirkung von Saison- einflüssen ist, so kann doch angenommen werden — was allerdings schwer zu schätzen ist —, daß auch eine gewisse Versäuerung der Konjunkturlage mitspricht.

Kleine politische Nachrichten

Seidenfeier für den ermordeten Rathenau D. Berlin, 26. Juni. (Eig. Funkspruch.) Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Berlin veranstaltete gestern am Grabe des ermordeten Außenministers Dr. Rathenau eine Trauerkundgebung. Die Reden der Redner waren von einem reichen Inhalt gezeichnet.

märche der Musikkapellen des Reichsbanners beendeten die Abstimmung über die Gebührensätze.

Der Haß gegen Ebbing

D. Berlin, 25. Juni. (Eig. Funkspruch.) Die deutsche nationale Fraktion hat im Reichstagen Landtag einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, die bedingungslose Entziehung des Lehramts des Professors Ebbing, Kan- neder, durch den Reichstag zu veranlassen.

Letzte Nachrichten

Hochwasserkatastrophe

es Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtdr.) Im Laufe des gestrigen Tages wurde in der Gegend von Nauen und Nieder- schönewitz ein Damm in einer Breite von etwa 100 Meter weggerissen. Das Wasser strömte mit elementarem Gewalt in die Tümpel- gebiete hinein und riß alles mit sich fort.

Festnahme einer Falschmünzbande

Leipzig, 25. Juni. Die die Mitter melden, nahm die Polizei ein Versteck einer Falschmünzbande, die in Sachsen und Thüringen nachgehende zwei- und dreimarkige in Verkehr gebracht hatten.

Vom Ertrinken gerettet

Berlin, 26. Juni. Auf dem Wannsee in der Nähe des Großen Bendorfs bemerkten gestern der 33-jährige Herr Berliner zimmer von ihrem Motorboot aus, daß ein kleines Boot in Gefahr sei und die drei Anwesenden in das Boot eingingen, um die Besatzung zu retten.

Dresdner Richtzahlen

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Verkehr, Körperpflege, Reinigung usw.) im Durchschnitt des Monats Juni 1913/14 = 100, das ist eine Steigerung von 1,7 v. H. gegenüber dem Durchschnitt Mai mit 188,5.

Sächsischer Lebenshaltungsbinder

Nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes beträgt die sächsische Lebenshaltungskosten der Lebenshaltungskosten auf erweiterter Grundlage (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Verkehr, Körperpflege, Reinigung usw.) im Durchschnitt des Monats Juni 141,5 (Vorjahreszeit = 100). Sie ist demnach gegen die für den Monatsdurchschnitt Mai vorliegende Indexzahl von 141,0 um 0,4 v. H. gestiegen.

Die Großhandelsrichtzahl

Berlin, 24. Juni. Die auf den 23. Juni berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 16. Juni um 0,9 v. H. auf 125,3 gestiegen. Die Richtzahl der Agrarpreise erhöhte sich vorstehend durch die anziehenden Getreidepreise um 1,4 v. H. auf 126,2, während die Industriepreise mit 123,7 fast unverändert blieben.

Schlachtviehmarkt Dresden vom 24. Juni

Die Preise für Rindvieh sind in Dresden am 24. Juni im allgemeinen rückwärts gegangen. Die Preise für Rindvieh sind in Dresden am 24. Juni im allgemeinen rückwärts gegangen.

Ronzeri

Das Chortistler-Mandolinorchester, die ganz erfahrene Spieler, Lehrer und Schüler des Dresdner Konservatoriums, gab wieder eine musikalische Aufführung im oberen Belvedere-Saal.

Dresdner Kalender

Theater am 26. Juni. Opernhaus: Kupferstecher; Jax und Zimmermann (7). Volkstheater Nr. 8500 bis 8558 und 8904 bis 8940.

Neues Theater. Am Donnerstag findet im Neuen Theater die Aufführung des dreifürstlichen Schwanke „Der Held des Tages“ von Leo Walter Stein statt.

Kunsttheater Großes Garten (am Valzsteich). Sonntag (6): Drei Land-Soldaten-Spiel.

Kollegenschule. Naturkundliche Wanderungen mit Dr. Verbert Schneider. Sonntag den 27. Juni: Trebnitzgrund. Abfahrt 7 Uhr 24 Min. Hauptbahnhof.

Concubendelver in der Kreuzkirche (6). Berlin von Karl Huber, Chemnitz; Johannes Schmidt; Martin Gieseler, Berlin; Paul Heinrich Braun (1701 bis 1709) und Otto Koster. Sonntag den 27. Juni: Quartett der Leipziger Kapelle.

Die Änderung des Bankgesetzes

Der Wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss des Reichstages hat am Donnerstag den 24. Juni das Reichsgesetz zur Änderung des Bankgesetzes abgelehnt. Der Ausschuss hat am Donnerstag den 24. Juni das Reichsgesetz zur Änderung des Bankgesetzes abgelehnt.

Ein Kampf von internationaler Bedeutung

In England wird über die Arbeitszeit entschieden! — Keine Kohle nach England!

S. London, 24. Juni. (Eig. Drahtdr.) Die Exekutive der Bergarbeiterinternationalen nahm in der Sitzung am Donnerstag den 24. Juni an und erließ die folgenden Beschlüsse: 1. Die Exekutive der Bergarbeiterinternationalen nimmt die folgenden Beschlüsse an.

Das Internationale Bergarbeiterkomitee betrachtet die (zu verhandelnde!) Einfuhr von Kohle aus anderen Ländern als eine der wichtigsten Fragen zur Sicherung der Bergarbeiter. Es betrachtet den Versuch der britischen Regierung, die Arbeitszeit aller Bergarbeiter sowie der Arbeiter aller Berufs.

Die Exekutive der Bergarbeiterinternationalen nimmt die folgenden Beschlüsse an: 1. Die Exekutive der Bergarbeiterinternationalen nimmt die folgenden Beschlüsse an.

Die Herrenhäuser gegen die Frauenrechte S. London, 26. Juni. (Eig. Funkspruch.) Im Oberhaus wurde am Donnerstag ein Gesetzentwurf abgelehnt, der den weiblichen Gewerkschaften, soweit sie ihren Ziel auf Grund ihrer Geburten, das Recht geben sollte, den mit dem Ziel verbundenen sich im Oberhaus einzumischen.

Leben - Wissen - Kunst

Aquarell-Ausstellung auf der Brühlischen Terrasse

Die Internationale Ausstellung in der Jahreschau enthält zur Teilnahme und Vorkurs; Graphik und Aquarell. Die Aquarell-Ausstellung auf der Brühlischen Terrasse bildet demnach die Ergänzung zur Internationalen. Mit einer Einzelausstellung der graphischen Arbeiten kommen nur von deutschen Künstlern.

Wasser, frantes Dreimonatskind halb schon verflört ist, bald vom im Schloß rückt.

Wasser, frantes Dreimonatskind halb schon verflört ist, bald vom im Schloß rückt. Ihr Gesicht scheint voll Sorgen im aufschmerzenden zwischen das Kopfchen und das Gesicht, um zu reden und zu hören, wie es geht.

Weder diesen Dingen werden die von freudlichem Haß differierten Zeichnungen von George Grosz doch nicht groß und lustig. Der Haß ist zu blind. Der Haß ist zu blind. Der Haß ist zu blind.

Wenn diesen Dingen, die Menschenart erfassen wollen, „Diegende“, dessen Zeichnung genau so lustig im Dienste der Prima-Materei steht, wie die Staffelei der Internationalen wegen da war.

Daneben wirkt Dir bedeutend tiefer, so jüdisch fast, auch seine Menschen aufgeföhrt sind. Seine Dingen sind nicht nur Quinen, wie die Lebensmühen von Grosz. In ihnen ist noch ein schmerzhaftes Gefühl, das den Humor verdrängt.

Wenn diesen Dingen, die Menschenart erfassen wollen, „Diegende“, dessen Zeichnung genau so lustig im Dienste der Prima-Materei steht, wie die Staffelei der Internationalen wegen da war.

Das Oberhaus ist ein Dohn auf die englische Demokratie. Das Oberhaus ist ein Dohn auf die englische Demokratie. Das Oberhaus ist ein Dohn auf die englische Demokratie.

So ist allerhand zusammengekommen. Man kann sich ein ziemlich vollständiges Bild der Straßensituation der deutschen Kunst vom Anfang bis zum Ende des Jahres machen.

Erstatternd groß ist das letzte Verbleiben des zusammen- brechenden Corinthe. Der kleine, hübsche, indisch gewordene Körper bricht unter der Last des großen Kopfes aufwärts, als ob er eines Kopfes, aus dem der noch lebendige Geist aus Augen- wunden sich herauszuwinden versucht wie ein Wesen, das fast ganz unter Trümmern begraben ist.

Käte Kalliwitz gebietet eine abgeklärte Frau, deren

vorsteht, und dokumentiert auf diese recht eigenartige Weise ihr starkes kommunalpolitisches Interesse, das hoffentlich die Dresdener Einwohnerschaft bei dem im Herbst stattfindenden Neuwahl in der richtigen Weise würdigen wird. Nur Stadtd. Blumentritt, der mit seinem kleinen Anhang weiß, daß er das Parfüm des Singsaales nicht mehr lange zieren wird, suchte durch eine ebenso lange wie nichtssagende Rede dem wackeligen Gebäude der deutschnationalen Partei noch einmal einen neuen Anstrich zu geben. Erfolg war ihm dabei allerdings nicht beschieden. Seine Rede blieb völlig unbeachtet.

Bei der Abstimmung wurden dann die einzelnen Positionen zum Teil gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion angenommen. Natürlich stimmten die deutschnationalen unter der Führung ihrer Hausbesitzervertreter gegen das Wohnungskomitee.

Zum Schluß der Sitzung kam es bei einer Geschäftsordnungsdebatte über den vom Stadtd. Dr. Schulze (D. Vp.) beantragten Schluß der öffentlichen Sitzung nach zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Genossen Rösch und den Rechtspartern. Der Vorsteher Dr. Schöbe benutzte die Gelegenheit, den Wünschen der Bürgerlichen entgegenzukommen. Er brach die Sitzung plötzlich ab und verhinderte so eine gründliche Entlarfung der deutschnationalen, die zwar agitatorische, ihrem Inhalt nach befristete Anträge stellen, an deren Erledigung aber recht wenig Interesse zeigen.

Der Rest des Haushaltsplanes gelangt voraussichtlich in der Sitzung am nächsten Donnerstag, der letzten vor den Sommerferien, zur Verabschiedung.

Stadtverordnetenversammlung vom 24. Juni 1926

Das Kollegium beschäftigte sich nach Erledigung kleinerer Vorlagen in mehrstündiger Sitzung mit dem Haushaltsplanentwurf für 1926. Seit langem Jahren wurde zum ersten Male wieder — auf Betreiben unserer Fraktion — die Beratung durch eine allgemeine Aussprache über den Etat eingeleitet. Bezeichnenderweise hatten die Bürgerlichen zu dieser wichtigen Angelegenheit überhaupt nichts zu sagen. In großen Zügen und unter gespanntester Aufmerksamkeit der Säle saß

Genosse Rösch

die grundsätzliche Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zum Haushaltsplanentwurf dar. Rösch demängelte zunächst, daß der Rat keine eindeutigen Bemerkungen über das Wesen des Haushaltsplans macht, da auch die Bevölkerung ein großes Interesse daran hat, die Einteilung des Rates zu wichtigen Fragen zu erfahren, und fuhr dann fort: Bei den Auswahlermittlungen hat der Finanzdeputierter zum Ausdruck gebracht, daß der Entwurf keinen Wünschen selbst nicht entspricht. Die Vertreter der einzelnen Deputierten wiederum erklärten zwar, daß sie gern bereit wären, in ihren Gründen dazu nicht in der Lage seien. Früher ist von diesen Herren Dr. Schulze als der „böse Geist“ bezeichnet worden, anwesend geht aber dieser Geist auch heute noch um, der verhindert, daß den Wünschen der Stadtverordneten Rechnung getragen wird. Diesmal hätte man es in dieser Beziehung mißverstehen können, als man sich auf die unangenehme Wirtschaftsverhältnisse berufen konnte. Die Position Steuern weist große Verluste auf durch geringere Heberweisung an Reichs- und Landessteuern. Körperschafts- und Umsatzsteuern, deren Einnahme von 12 auf 10 Millionen Mark zurückgefallen ist. Die Verabreichung ist vermindert durch verschiedene Manipulationen der Reichs- und Landesregierung, besonders aber durch den Finanzaußenminister, was alles einen wesentlichen geringeren Anteil an den Reichsteuern gebracht hat. Die Finanz- und Steuerpolitik hat den Reichtum der Städte an den Reichsteuern zur Folge haben mußte. Infolgedessen können die Gemeinden den verschiedenen Anforderungen auf dem Gebiete der Schule und der Wohlfahrt nicht gerecht werden.

Wir protestieren gegen diese Steuerpolitik

werden uns aber auch gegen die ungerechte Bemessung des Gemeindeanteils. Leipzig bekommt an Reichsteuern fast doppelt soviel wie Dresden, das allein 1925 für die Wohlfahrtspflege 14 800 000 Mark hat ausgeben müssen. In diesem Jahre machen sich 18 729 000 Mark notwendig, also 4 929 000 Mark mehr. Dabei hat man durchaus nicht allen wichtigen Anregungen Rechnung tragen können, weil es an den notwendigen Mitteln fehlt und der Finanzdeputierter sich weigerte, planmäßig zu geben.

Als Vertreter der münderbemittelten Kreise betonen wir, daß wir, trotzdem die Ärtzler 23 Prozent der Gesamtausgaben ausmacht, verlangen, daß die weitere Einkerbung der Kreise durchgeführt wird, die als Opfer des Krieges, der Inflation und der Wirtschaftskrise bezeichnet werden müssen. Wir wünschen, daß am fünfzigsten Geburtstag der Arbeiterinnen und Säuglinge eine weitestgehende Kürzung genehmigt wird, und ebenso der Jugend. Deshalb begrüßen wir die Einsetzung höherer Beträge für die Pflegekinder und die Jugendberufshilfsfürsorge.

Die Zahl der Erwerbslosen in Dresden ist nicht zurückgegangen. Wir haben noch immer rund 32 000 Arbeitslose. Dazu kommen 1650 Kurzarbeiter, die weniger als drei Tage arbeiten, und über 13 000 Kurzarbeiter mit mehr als drei Arbeitstagen.

7630 Arbeitslose sind länger als 13 Wochen und 2084 Erwerbslose länger als 26 Wochen erwerbslos.

Diese Zahlen, besonders die letzten, bezeugen ein ungeheures Elend in sich. Eine gezielte Fürsorge ist unbedingt notwendig. Wo wir nicht mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge helfen können, müssen wir mit weitestgehenden Fürsorgemaßnahmen des Fürsorgeamtes eingreifen. Um so unglücklicher erscheint die Absicht der Reichsregierung, Vollerhöhungen für Protaktreide und Futtermittel zu beschließen, die eine weitere wesentliche Verschärfung der Notlage der Bevölkerung mit sich bringen. Wir erheben die schärfsten Proteste dagegen, daß den habgierigen Vätern der Großgrundbesitzer Rechnung getragen wird. Und die Stadtverwaltung hätte alle Ursache, sich dem anzuschließen.

Ein Kapitel, das uns besondere Aufmerksamkeit verdient, ist die Wohnungsfrage. Unsere früheren Ausführungen über die Wohnungsnot sind durch die Verschärfungen der Krisenverhältnisse in der denkbar schärfsten Form unterstrichen worden. Das Hausbesitzorgan erinnerte dieser Tage mit Recht daran, daß die Statistik der Wohnungszahl vom Mai 1925 noch immer nicht veröffentlicht worden ist und schärfte daran die Erinnerung, daß wahrscheinlich das Wohnungsproblem in Dresden nicht so groß ist und deshalb die Wohnungsfrage gelöst werde. Wir sind der gegenteiligen Meinung. Die Statistik wird eine Mücke von Wohnungsnot nachweisen. Ihre bisher nicht erfolgte Veröffentlichung scheint von einer glänzenden Führung der Ratsbetriebe allerdings nicht zu sprechen. Bis Ende vorigen Jahres war die Stellung des Rates gegenüber dem Wohnungsproblem keine gute. Es hätte mehr getan werden können.

Es ist das große Verbrechen der sozialdemokratischen Partei, wenn auch auf diesem Gebiete endlich in diesem Jahre ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Unter dem Druck der sozialdemokratischen Fraktion hat sich der Rat gezwungen gesehen, den Wohnungsbau in diesem Jahre wesentlich zu fördern.

Für 1926 sind bis heute lediglich 2000 Wohnungen in Angriff genommen worden, die sich fast alle in der Ausführung befinden. Wozu werden voraussichtlich die Mittel für weitere 800 Wohnungen bewilligt werden, die dann ebenfalls sofort in

Angriff genommen werden sollen. Es scheint also möglich zu sein, die 3000 Wohnungen, die wir voriges Jahr als Ziel hinstellten, in diesem Jahre zu bauen. Im Vorjahre wurden nur 1360 Wohnungen erbaut. Wir hoffen jedoch, daß nicht bloß in diesem Jahre 3000 Wohnungen errichtet werden, sondern diese Zahl vielmehr als Ziel für viele Jahre hin. Dann dürfen wir auch hoffen, in nächster Zeit die schlimmste Wohnungsnot beseitigt zu haben. Zur Wohnungsfrage und zur Wohnungswirtschaft überhaupt vertrauen wir die Auffassung, daß es auch in fernster Zukunft in Deutschland keine freie Wirtschaft mehr geben darf, weil der private Hausbesitz verjagt hat. Überlassen wir ihm wieder die Verwaltung und Bewirtschaftung der Häuser, würden wir bald dasselbe Elend von neuem vor uns haben, in dem wir uns jetzt befinden. Die Gemeinwirtschaft muß hier in vollster Umfange durchgeführt werden. Die bereits eingetretene Forderung in der Wohnungsfürsorge können wir nur bedauern. Dadurch, daß jetzt der Hausbesitz eine gewisse Ausnahme unter den Verwertern einer Wohnung hat, hat sich bereits ein widerliches System von Kriecherei und Heberweibung eingestellt.

Zur Beamten-, Angestellten- und Arbeiterpolitik ist das Bestreben festzustellen, die Arbeitszeit zu verlängern. Bei der Straßenbahn, der Feuerwehr, in den Krankenhäusern und bei der Volkshochschule ist bereits der Achtstundentag durchbrochen.

Das Ziel der Sozialdemokratie ist, daß auf diesem Gebiete so schnell als möglich eine Änderung eintritt. Nach den Beschlüssen der Stadtverordneten sollte für das Krankenspiegelpersonal am 1. Juni die 51-Stundenwoche, am 1. Oktober die 48-Stundenwoche eingeführt werden. Der Rat hat dagegen keinen Einspruch erhoben, also ist der Beschluß durchzuführen. Das ist bis heute nicht geschehen. Der Rat soll sich dahinter verhalten, daß wir den Rat mit Rücksicht, nicht beauftragt haben. Wir sind über diese Auffassung des Rates erstaunt. Dann hat der Rat nicht gehalten, was er versprochen hat. Wir haben das Beauftragen nur in die Beschlüsse form des Erfindens gestellt. So können wir uns nicht auf die Dauer behandeln lassen. Ebenso verhält es sich bei der Dienstleistung der Feuerwehreinheit, die ein geradezu ergötzliches Schauspiel bietet. Es ist höchste Zeit, daß man mit dem Kaschieren der Feuerwehreinheit endlich aufhört. In Sachen der von uns beschlossenen Rubelohr-Ordnung gegenüber den hiesigen Arbeiter, die einen wesentlichen Schritt gegenüber den hiesigen Verhältnissen bedeutet, hat der Rat erreicht, daß wir die famosen Richtlinien bekamen, die etwas Gutes nicht zur Durchführung bringen lassen. Die ausgefallenen Herren beim Rate begreifen freilich nebenbei noch aus Stellen Summen, die als geradezu ungeheuerlich bezeichnet werden können. Der armen Lubers von Arbeitern will man aber noch den Lebensabend verschaffen. Wir werden den schärfsten Kampf gegen diese Politik führen. Noch ist nicht aller Tage Abend. Wenn wir nur einen Teil der Stimmen bekommen, die wir beim Volksentscheid erhielten, dann werden wir nächstes Jahr stänig als Mehrheit in diesen Sälen einziehen. Den Bürgerlichen wird nicht mehr die Einmischung gelingen, sie haben so lange mit den Interessen der Arbeiterschaft Schindluder getrieben.

In welcher Weise soll das bei der Verfassung gegebene Verprechen in Bezug auf das Beamtenrecht erfüllt werden? Wo bleibt die Verträge? Biegt es am Rat oder an dem deutschnationalen Beamtenauswahlgremium? Oder liegt es an allen Seiten? Bis heute haben wir keine Gelegenheit gehabt, dazu Stellung zu nehmen. Eine andere Frage: Wo bleibt das Gewandheitsamt? Warum weigern sich nicht gleich und die Antragsteller gegen die Verschleppung über zwei Jahre? Es kommt die Stunde, in der der Landtag die elende Gemeindeordnung wieder beseitigt, und dann werden wir auch in diesem Saale wieder ein anderes Bild haben. Was

das Verhältnis zwischen Rat und Stadtverordneten

anlangt, so verlangen wir einen größeren Einfluß auf die Stadtverwaltung. Wir verlangen eine Behandlung, die es uns ermöglicht, als Vertreter der Bevölkerung unsere Pflicht zu erfüllen. Heber die Entschickung der wachsenden Betriebe der Stadt in den letzten Jahren freuen wir uns. Es zeigt sich wieder einmal, daß gutgeleitete Kommunalbetriebe jeden Vergleich mit privatkapitalistischen Betrieben ausbilden und dabei der Bevölkerung zum Vorteil gereichen. Auf diesem Gebiete muß daher eifrig weitergearbeitet werden. In diesem Jahre ist über die Heberweibungswirtschaft, die in diesem Jahre in die hiesigen Betriebe hineingetragen wird. Gas- und Elektrizitätswerte sollen allein einen Heberfuß von 6 000 000 Mark an die Stadtkasse abführen. Dazu kommen weitere 3 Millionen an Heberweibungen. Diese starke Heberweibungswirtschaft darf jedenfalls keine dauernde, planmäßige werden. Eine Heberweibungswirtschaft mit dem Ziel bedeutet eine Heberweibung der münderbemittelten Bevölkerung.

Mit großem Erfreuen haben wir wahrgenommen, daß beim Tiefbauamt die Regierarbeiten immer mehr eingekürzt werden, besonders bei den Steinseharrbeiten. Wir werden die Sache im Auge behalten.

Wir die Volkshochschule möchten etwas mehr gesehen. Ein Ausbau der hiesigen Bibliothek und Lesehalle ist unbedingt notwendig. Wir erwarten die in Aussicht gestellte Heberweibungswirtschaft sehr bald. Besondere Aufmerksamkeit bitten wir dem Volkshochschulwesen zuzuwenden. Die Betriebsratschule ist finanziell weitergehend zu unterstützen.

Auf die Aufgabe, den

Dresdner Anzeiger

unter die Lupe zu nehmen, kann ich heute verzichten. Keine Fraktion besitzt sich, der Gelegenheit sich speziell mit ihm zu beschäftigen. Nur so viel sei heute gesagt: Der Dresdner Anzeiger ist ein Organ, das besonders in der letzten Zeit gezeigt hat, daß der ihm von republikanischer Opposition keine Rede ist, sondern daß es im monarchistischen Fahrwasser schwimmt; es hat sich aber auch gezeigt, daß der Herr, der das buhlet, obwohl er einen großen Einfluß auf das Blatt hat, von republikanischer Auffassung keine Spur besitzt und als stummer Monarchist zu gelten hat. (Sehr richtig! bei den Sop.)

Weite Kreise der Intelligenz haben sich sehr kritisch über die Stellung des Dresdner Anzeigers in dem Konflikt zwischen Professor Lessing und der Studentenenschaft in Hannover ausgesprochen. Tatsächlich wurde hier ein Geschlechter in den Schmutz gezogen, wie es schlimmer kaum gedacht werden kann.

Rösch schließt seine 1 1/2 stündige Ausführungen mit den Worten: Der Rat soll sich nicht bloß als Inhaber im Interesse der bestehenden Klassen betrachten lassen, sondern auch auf die denn auch das sind nützliche und würdige Mitglieder der Gesellschaft. (Großes Lachen.)

Stadtrat Köppen gab zu, daß eine allgemeine Aussprache zum Haushaltsplan zweckmäßig ist. Den Haushaltsplan aufzustellen sei für 1926 viel schwieriger gewesen als für 1925. Demals hätten 10 Millionen Mark Heberweibung an antiligen Reichsteuern eingestrichelt werden können, die jetzt fehlen. Aus den städtischen Betrieben müssen deshalb wenigstens für 1926 höhere Beträge in den Etat eingestellt werden. Glücklicherweise habe dies die gesunde Lage der Betriebe ermöglicht, denn sonst wäre es nicht gelungen, den Haushaltsplan wenigstens vorläufig ohne Heberweibung zum Abschluß zu bringen. Der stellvertretende Finanzdeputierter fand es ebenfalls hebenfönd, daß der Finanzaußenminister so ungenügend für den Anfordernungen für die Wohlfahrtsfürsorge und die Krankenkassen in diesem Jahre doch begünstigen konnte. Man sollte bedenken, daß man trotz dem ungenügenden Finanzaußenminister selbständiges Steuerrecht habe. Die Gemeinden würden erst am 1. April 1927 ein Zuschlagsrecht haben. In der Frage der Erwerbslosigkeit teilt er das Gefühl des Stadtd. Rösch. Die Erwerbslosen-

fürsorge sei reichsweitlich geregelt, darüber hinaus dürfte die Gemeinde nichts tun. Für die ungenügende Unterstützung müßten die Gemeinden die notwendigen Mittel aufgebracht werden. Eine gemeinliche würde dem Kollegium in der nächsten Zeit zugeteilt, der böse Geist sei, als den ihm Rösch hingestellt habe.

Dann hielt Stadtd. Blumentritt eine lange Rede, in der er über alles Mögliche und Unmögliche sprach. Als ihm der Stadtd. Schulze ein Bündel Redeschiffe auf seinen Platz warf, geriet er in Unruhe. „Das ist das Meer, was Sie geredet haben!“ war allgemeine Heiterkeit die Folge. Für die Kommunisten sprach Gabel, der besonders festnagelte, daß die bürgerlichen Parteien kein Bedürfnis empfinden, zu dem Haushaltsplan zu sprechen. Damit schloß die Generaldebatte. Auf eine Debatte wurde verzichtet.

Die Liste stimmte gegen einzelne Positionen, wie z. B. das Kranken- und Stiftsamt (hier wegen der reaktionären deutschnationalen Stadtrat Dr. Tempel). Die Wohnungsämter ab!

Anschließend war es noch Mitternacht geworden. Der Volkspartei Dr. Schulze beantragte die Vertagung der Sitzung, obwohl noch zahlreiche Anträge auf der Tagesordnung standen. Genosse Rösch erbat, wenigstens noch den Tringlichkeitsantrag Ullig (Eog.) auf Gewährung einer Heberweibungsentwässerung an die bei den Vorbereitungsarbeiten für den Volksentscheid beschäftigten Ausschlagungsführer zu erledigen, doch damit jedoch auf den Widerstand der Bürgerlichen. Als Rösch auf das Verhalten der Bürgerlichen, die selbst einen ähnlichen Antrag eingebracht hätten und ihn nun niederkümmten, als diese Knechtung der Mehrheit wiederholte, wurde ihm das Wort entzogen. Die Folge waren erregte Rärmereien, denen sich der Vorsteher nicht anders gewachsen zeigte, als daß er die Sitzung für geschlossen erklärte.

Zu Beginn der Sitzung hatte sich der Kommunist Zinder in einer kurzen Anfrage nach den Gründen erkundigt, warum der Oberbürgermeister gegen Einführung der neuen Fidelei. Herr Blüher erwiderte darauf kurz und verständlich, daß sich die Vorgänge, auf die die Anfrage Bezug nahm, wesentlich anders abgepielt hätten, und daß er im übrigen eine Antwort ablehne, da die Anfrage lediglich seine Tätigkeit als Landtagsabgeordneter berühre.

Stadtdirektor Genosse Rösch schreibt uns zu dem vorliegenden Schluß der gestrigen öffentlichen Stadtverordnetenversammlung. Die bürgerlichen Parteien behaupten, ich hätte sie scheltet, alle der Lüge und Heuchelei bezichtigt. Ich muß das zurückweisen und darauf verweisen, daß ich infolge des großen Bedauers auf der Seite der bürgerlichen Parteien meine Ausführungen nicht zu Ende führen konnte. Ich möchte sagen:

„Sie lügen und heucheln, wenn Sie die Behandlung des Tringlichkeitsantrages unserer Fraktion ablehnen, aber durch eigene Anträge dazwischenfallen, die Sie die Interessen der unteren Beamtengruppen, Angestellten und Arbeiter ebenfalls vertreten.“ Der Tringlichkeitsantrag des Genossen Ullig lautet:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, a) den bei dem Volksentscheid beschäftigten Ausschlagungsführer für die geleisteten Heberweibungen die gleiche Bezahlung zu geben wie den Heberweibenden, b) die über den 30. Juni hinaus zu beschäftigen, um die Heberweibungen richtigzustellen und für die Landtags- und Kommunalwahlen rechtzeitig vorzubereiten.

Wenn der Antrag für die Ausschlagungsführer überhaupt nicht Beachtung hätte, müßte er getrennt behandelt werden. Seine Behandlung hätte höchstens zehn Minuten Zeit erfordert, da auch der deutschnationale Angestelltenvertreter seine eigene Tringlichkeitsantrag mit denselben Forderungen wie sie im Antrag Ullig enthalten sind gestellt hätte. Beide Anträge wären also in sofortiger Schlußberatung ohne Ausnahme angenommen worden. Das darf man sich nicht verbieten lassen. Aber meinen Antrag ist durch den vorzeitigen Schluß nicht abgehandelt und damit leider nicht festgestellt worden, ob alle bürgerlichen Parteien die Behandlung des Tringlichkeitsantrages ablehnen wollten.

Gewerkschaftsbewegung

Allgemeine Fleischergefellenskonferenz in Sachsen und Thüringen

Am 30. Mai fand unter sehr starker Beteiligung von Delegierten und Gästen aus allen Teilen Sachsens und Thüringens eine allgemeine Fleischergefellenskonferenz im „Müllers Biergarten“, Leipzig statt. In der Begrüßung wies Reichsleiter Wagner, Leipzig, im besonderen auf die Bedeutung der Konferenz hin, die sich um einschneidende Wirtschafts- und Berufsfragen zu beschäftigen habe.

Die allgemeine Wirtschafts- und Berufsfrage der handeltel Verbandsvorsitzender Paul Denzel, Berlin. Die Arbeitsvermittlung und das Herberweibungswesen handelte Reichsleiter Schönbach, Dresden, in seinem Referat. Dem schloß eine rege Debatte an.

Heber die Verordnungsverordnung referierte Reichsleiter Wagner, Leipzig. In seine Ausführungen schloß sich gleichfalls eine ausgiebige Debatte an, in der auf die verschiedenen Wirtschaftslagen in den einzelnen Orten hingewiesen wurde. Fülle wurden nachgewiesen, wo der Fleischermeister selbst auf Arbeit geht und doch einen Gehalt bezieht. Lehrlinge sind nun einmal die billigen Arbeitskräfte.

Den Wert der Tarifverträge im Fleischergewerbe behandelte Reichsleiter Thiele, Dresden. Den ersten Vortrag mit dem heutigen Vergleich, wie er gleichzeitig noch, wie durch den Ausbau der Organisation die Berufsverhältnisse sich gebessert haben. 106 Tarifverträge besaßen heute für den Fleischer und verw. Berufe in Deutschen Reich. Die Arbeitzeit in den Großbetrieben beträgt fast ausschließlich 8 Stunden täglich bei 48 Stunden wöchentlich. Auch diese Fleischerinnungen sind gegeneinander worden, Tarife abzuschießen.

Auch hierüber schloß sich eine längere Debatte an und es kam darin zum Ausdruck, daß die Tarifverträge in besonderen in den Kleinbetrieben mitunter nicht beachtet werden. In diesem Hinsicht seien besonders, wie schon vorher erwähnt, die Tagelöhner besonders zu erwähnen, die gesammelten Erfahrungen ausbreitend zu verwenden, die Konferenz.

Tarifbindung in der sächsischen Metallindustrie

Der Ehrenvorsitzende der Teilnehmer München, M. Juni. (Eg. Drohs.) Die sächsischen Metallindustriellen haben das Kollektivabkommen für die Großstadt-Metallindustrie auf Ende dieses Monats gekündigt. Gleichzeitig haben sie die Gewerkschaften neue Vorschläge übermitteln, in denen der soziale Vergleichsmäßig der sächsischen Metallindustrie kommt. Dem Vergleich werden nicht nur die Löhne ganz ausserordentlich gelöst, sondern auch der bisherige Urlaub für die Arbeiter nahezu vollständig beseitigt. Außerdem versuchen sie die Arbeitszeit des Tarifvertrages, was in der Schlichtungsordnung ausdrücklich unterlagert ist, durch eine Bestimmung in dem neu abzuschließenden Tarifvertrag zu erreichen. Am 22. Juni soll in Nürnberg bereits die ersten Verhandlungen für den Abschluß des neuen Kollektivabkommens stattfinden. Dabei wurde aber nicht einmal in die ersten Verhandlungen eingetreten, weil der ebenfalls anwesende Ausschuss der Metallindustrie einen Abbruch der Arbeiterkommission verlangte. Da das Kollektivabkommen abgelehnt wurde, weigerten sich die Industriellen, an den Verhandlungen überhaupt teilzunehmen.

Die Selbstdegradierung des Landtags

Böttchers Auslieferung — Wünger und der Fall Ksmus — Dr. Dehnes Pension

187. Sitzung, Donnerstag, 24. Juni 1926
Der Landtag nahm nach der durch den Volksentscheid bedingten Aktionspause seine Arbeiten wieder auf. Vor Eintritt in Tagesordnung protestierte der Kommunisi Lieberafsch gegen die Anwesenheit von

Polizei im Landtagsgebäude.

Die Polizeigewalt in diesem Hause stünde nur dem Präsidenten zu. Es sei nun im Landtagsgebäude ein Aufgebot von uniformierten Polizisten unter Führung von zwei Oberleutnants des betreffenden Punktes der Tagesordnung sofort anzuordnen. (Lachen rechts; Jurist: Er ist doch schon aus-

Präsident Wünger entgegnete, der Vorstand habe für die Anwesenheit in diesem Hause zu sorgen und werde tun, was er für richtig halte. Weiterer Auslassung lehnte er ab.
Ein hierauf von Böttcher gestellter Antrag, der den Präsidenten ersuchte, der Polizei die weitere Anwesenheit im Hause zu untersagen, wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Dreifundzwanziger abgelehnt.

Der Antrag des Oberstaatsanwalts über den Auslieferung des Reichsanwalts auf Strafvollzug und Verhaftung des Abg. Böttcher wurde durch den Ausschuss für die Verhaftung des Abg. Böttcher abgelehnt. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag zurückzugeben. Die Ausführungen des Böttcher seien angeblich straflos. Der Ausschuss hat die Errichtung einer Arbeiter- und Bauern-

Der Kommunisi Meiner erklärte, daß es sich um völlig unpolitische Behauptungen handle. Der Oberstaatsanwalt könne gegen seinen Parteifreund Böttcher keine Klage erheben. Er sei zu weiteren reaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiterpartei nicht bereit.

Genosse Arzt:

Es ist interessant, daß von den Abgeordneten der anderen Parteien zu dieser wichtigen Frage, die erstmalig den Landtag beschäftigt, nichts zu sagen ist. Deshalb beantragen wir die Verhaftung des Abg. Böttcher, auch nicht um die Nichtigkeit der Verhaftung des politischen Aktion, sondern lediglich um die Verhaftung des höchsten Rechtes des Parlamentes; die Immunität der Abgeordneten. Wenn wir beantragen, dann sollte man meinen, daß dieses höchste Recht unter allen Umständen zu wahren ist. Deshalb ist es ein Unikum, wenn ein Parlament von sich aus dem Antrag des Reichsanwalts auf Verhaftung eines Abgeordneten zustimmt.

Eine solche Degradierung kann nur in Sachen vorkommen und kennzeichnet diesen Landtag von selbst.

Auch die ganze Art und Weise, wie in dieser Sache verfahren worden ist, läßt vermuten, daß hierbei nicht das Gerechtigkeit die Rolle gespielt hat, sondern daß es der Haß der einen Seite gegen die andere politischen Gegner mit dem Schein des Rechts unerschütterlich zu machen. Gegen die Methode wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Böttcher ist die Regierung in solchen Fällen weiter nichts getan, als die Immunität an den Ausschuss geteilt. Was anders diesmal. Der Ausschuss ist in der Ausschussung selbst erschienen und hat den Reichsanwalt, der bei jedem Arbeiter die tiefste Verachtung verdient (Sehe richtig! links), mitgebracht und hat ihn als Beauftragten der Regierung bezeichnet. Auf den energischen Protest im Ausschuss hat ihn dann der Minister als Sachverständigen erklärt. Es handelt sich in diesem Falle um ein Verbrechen, wie dies im Sachsischen Landtage noch nicht üblich gewesen ist. Damit kommen wir zur Verurteilung des ganzen Antrags. Der Reichsanwalt hat die Entschlossenheit des Reichstages, und der Geschäftsordnungs Ausschuss hat den Antrag des Oberstaatsanwalts Ksmus auf Verhaftung des kommunistischen Abg. Ksmus, der 10 Jahre Haftstrafe hat, abgelehnt. Nur zwei Dreifundzwanziger haben dagegen gestimmt.

Man sollte sich durch das Wort Hochverrat nicht gränzen lassen. Wenn man in Sachen schon Hochverratsprozesse machen will, so hätte die Staatsanwaltschaft alle Hände voll zu tun.

Wir haben einen angeklagten Hochverräter in Sachen, das ist Dr. Heine!

Genosse Heine: (stürmischer Beifall links.) Die Anwesenheit von Kriminalbeamten im Landtagsgebäude entspricht nicht der Würde des Hauses (Lachen und Zwischenrufe rechts.) Ihre Verhaftung durch die Reichsanwaltschaft ist ein Verbrechen, das den Landtag den Stempel der Reaktion auf, wie ihn kein anderes Parlament in Deutschland besitzt. Es ist bedauerlich, daß ein solcher Antrag im Landtage überhaupt gedruckt werden konnte. (Beifall links.)

Justizminister Wünger nahm den Reichsanwalt Ksmus wegen die Angriffe Arzt in Schutz und verteidigte sein Vorgehen im Ausschuss.

Genosse Liebmann stellte fest, daß der Präsident mit dem ihm erteilten Ordnungsurteil seine Pflichten überschritten hat, da Dr. Heine nicht unter seinem Schutze steht.

Weber die Strafvollzug und über die Verhaftung wurde namentlich abgelehnt. Der Antragsantrag wurde in beiden Fällen mit 49 gegen 42 Stimmen angenommen.

Von den Dreifundzwanziger hatten für den Antrag gestimmt Böttcher, Ksmus, Meiner, Chemnitz, und Müller, Leipzig, während Frau Böttcher sich vor der Abstimmung entfernt hatte.

Nachmals der Fall Ksmus

Zwei Anträge der sozialdemokratischen Fraktion beschäftigten sich mit dem unglaublichen Ausfresen des Oberstaatsanwalts Dr. Weber, des Anklägers im Ksmus-Prozess, und mit der Verhaftung des Oberstaatsanwalts Dr. Ksmus zum Landgerichtsdirektor in Chemnitz.

Genosse Edel:

Wie der Beschluß auf Verhaftung eines Abgeordneten, so ist auch der Fall Ksmus die Minderheitsmeinung, mit der vorzugehen wird, wenn es sich um politische wichtige Personen handelt. Selbst eine bürgerliche Zeitung, die demokratische Freiheit verteidigt, hat den Prozess gegen Ksmus als die Ordnung einer politischen Sache bezeichnet. Dr. Ksmus ist zwar nach dem Urteil und der Urteilsbegründung ein Mann mit Fähigkeiten für kriminellen Gebiete, hat aber noch niemals im Verbrechensbereich. Seine Verhaftung ist wohl auch in der Hoffnung erfolgt, daß er die ihm angetragene Stelle des Vorsitzenden einer Handelskammer nicht annehmen werde. Der Prozess der Chemnitzer Richter gegen die Verhaftung Ksmus an das Landgericht Chemnitz ist nichts weiter als eine heuchlerische Arbeit. Die Rolle Weiland und Ksmus beweisen, daß es sich um eine systematische Deke handelt gegen die Personen, die auch im Interesse der sozialen Einstellung nicht begreifen. (Sehe richtig! links.) So etwas macht hier allerdings keinen Eindruck. Der Landtag ist zu jeder Schande fähig. (Ordnungsruf.) Wenn wir auch bei diesem Landtage kein Gehör finden, so wissen wir doch, daß mit dem Ende dieses Landtages die Geschichte noch nicht abgeschlossen ist. Besonders interessant ist die Reklamation aus dem Munde des Reichsanwalts Dr. Ksmus als Oberstaatsanwalt Ksmus. (Lachen rechts, Beifall links.) Edel war aber auch in der Lage, aus den Akten die Zusammenhänge des Prozesses Ksmus aufzuzeigen, die zur Verhaftung hinüberführen. Noch mehr Eindruck machte aber die weitere Mitteilung, daß sich

die schriftliche Urteilsbegründung von der mündlichen Begründung des Vorsitzenden Dr. Nagirius in wesentlichen Punkten unterscheidet.

was Edel mit Recht als unzulässig bezeichnete. Unzweifelhaft haben nachträglich die Einflüsse des Ministeriums eingeleitet, um den Reichsanwalt, den das Ministerium mit dem Freispruch erlitten hatte, ein wenig auszugleichen. Die Schöffen sind bei der schriftlichen Urteilsbegründung übergegangen worden. Mit der Art der schriftlichen Urteilsbegründung sollte nachträglich über das Vorgehen der Generalstaatsanwaltschaft der Wandel der öffentlichen Rechtslehre gebräutert werden. Dieser Wandel ist misslungen. Das Verurteil über den Ankläger Dr. Weber ist bereits gefällt. In einer heute eingegangenen Eingabe des Republikanischen Rätebundes (Landesgruppe Baden) wird mit Entschiedenheit davon Kenntnis genommen, daß dieser Oberstaatsanwalt den Angeklagten Ksmus als Kreatur Zeigners bezeichnet hat, und der Landtag gebeten, die Regierung um Maßnahmen zu ersuchen, daß Dr. Weber den beleidigten Personen Genugtuung gibt, und daß künftig mit dem Staatsanwaltschaftlichen Funktionen nur solche Personen betraut werden, die das nötige Selbstgefühl besitzen. Abg. Edel betonte am Schlusse seiner vortrefflichen Ausführungen nochmals, daß es sich bei der Art des Auftretens des Oberstaatsanwalts Dr. Weber um das System handelt, alle Republikaner aus einflussreichen Stellen zu verbannen und andererseits abzuweichen, in der Verfolgung von Verbrechern aus rechtlichen Kreisen energisch vorzugehen. Der Prozess Ksmus werde belächelt werden als ein Schandstück in der republikanischen Entwicklung Deutschlands. (Beifall links.)

Justizminister Wünger operierte in seiner ausführlichen Verteidigung hauptsächlich mit der Verletzung des schriftlichen Urteils und bemerkte dabei auch, daß er dem Oberstaatsanwalt Dr. Weber zu erkennen gegeben habe, daß er den von ihm gebrauchten Ausdruck von der Kreatur Zeigners nicht billigen könne. Dabei sollte man es bemerken lassen. Man sollte auch bedenken, daß Dr. Weber überanstrengt war. Die weitere Verwendung Dr. Ksmus, in der Strafschlichtung sei ausgeschlossen gewesen, da er mit der Politik nicht mehr zusammengebracht werden dürfe.

Der Fall Dehne

Ein Antrag und mehrere Anfragen Arzt und Genossen (Soz.) beschäftigten sich mit der Mitgliedschaft des Finanzministers Dr. Dehne beim Ausschussrat der Sachsischen Bodentreditanstalt Dresden und der Direktorenhaft bei der Blauer Eisenfabrik sowie mit seinen Pensionen bezuglich als früherer Ministerialdirektor. Es wird beantragt, nachzuprüfen, ob durch das Verhalten Dr. Dehnes die Verfassung verletzt worden ist.

Genosse Liebmann:

Artikel 33 der Verfassung besagt, daß ein Mitglied der Regierung ohne Genehmigung des Landtages nicht dem Vorstand oder Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft angehören darf, sobald damit Löhnen oder andere Bezüge verbunden sind. Bemerkenswert ist, daß die Inhaberschaft der Aufsichtsrats- und Direktorenstellen des Finanzministers schon eine längere Zeit eine Rolle spielt, ohne daß sich die Regierung, die es angeht, dagegen gemeldet haben.

Der Fall Dehne ist der Ausdruck der Korruption in der Regierung

Der Finanzminister hatte nicht die Genehmigung des Landtages zur Befreiung solcher Ämter, und trotzdem hat die Regierung ruhig zugelassen. Die Koalitionregierung ist eben eine Verführung auf Gegenfeitigkeit, bei der jeder der Beteiligten machen kann, was er will. Noch schwerer ist die Pensionierung Dr. Dehnes als Ministerialdirektor zu beurteilen. Als Dr. Dehne aus der Staatsverwaltung ausschied und Direktor bei der Sachsischen Staatsbank wurde, hat dies ein hoher sächsischer Staatsbeamter, der Ministerialdirektor Dr. Schulze, als eine schöne Entscheidung bezeichnet. Die Regierung hat einem Beamten widerrechtlich hohe Pensionsbezüge zugesichert. Widerrechtlich insofern, als der Termin für seinen Abbau schon abgelaufen war. Dr. Dehne und seine Helfer waren aber geschickt genug, er sich dann zum Direktor der Sachsischen Bank mit 60000 M. Gehalt ernennen. Als der Reichsminister Schiele eine solche Pension bekam, haben sich die Demokraten mit Recht über die Korruption der Deutschenationalen entäuert, im Falle Dehne haben sie nichts zu sagen. Nach der ersten Zeitungsnotiz hat die Regierung allerdings erklärt, Dr. Dehne hat verzichtet. Bei der ganzen Art der Pensionierung ist die Frage angebracht: Wenn Dr. Dehne auf die Pension verzichtet hat, bestehen noch Pensionsansprüche? Wir verlangen eine ein-

deutliche Antwort. Es darf nicht sein, daß der Finanzminister, der die finanziellen Interessen des Staates zu wahren hat, selbst mit den materiellen Interessen des Staates in einer Weise umspringt, die nichts anderes als Korruption ist. Was Sie (zur Rechten) der früheren sozialistischen Regierung vorwerfen haben, nämlich, daß sie Futtertruppenpolitik treibe, das hat die Koalitionregierung in weitem Maße selbst getrieben. (Lachendes Bravo! links.)

Ministerialrat Dr. Wentz verlas eine Erklärung, wonach Dr. Dehne beim Austritt des Finanzministeriums von sich aus rechtsverbindlich erklärt hat, daß er auf Löhnen und andere Bezüge während der Zeit seiner Ministerialität verzichtet. Als Ministerialdirektor sei er auf Grund des Verordnungsablaufes am 15. August 1924 in den einseitigen Ruhestand versetzt worden, der dann auf seinen Antrag in einen dauernden umgewandelt wurde. Er hat damals bis zur gesetzlichen Regelung auf Baotagelohn und Pension verzichtet, sich jedoch von jeder weiteren Verbehalten. Der Anspruch auf Pension ruht während der Verjährung der Forderung von § 41 des Justizdienstgesetzes. Die Zahlung der Pension des Ministerialdirektors Dr. Schulze von der Schiedung wird auf die amtliche Notiz in der Sachsischen Staatszeitung vom 12. März 1925 verwiesen.

Der Demokrat Dr. Schjert sprach von Anträgen und meinte, der Zweck des Antrags sei bloß, eine Art Notwehrmaßnahme vorzunehmen. Immerhin war das Eingekündete bemerkenswert. Dr. Dehne habe sich seine Familienunterstützung sichern wollen.

Vom Kommunisi Lieberafsch wurde zur Kennzeichnung der Futtertruppenpolitik der Koalitionregierung noch der Fall Albert herangezogen.

In seinem Schlusswort wandte sich Genosse Liebmann sehr energisch gegen die Dreifundzwanziger, die als ergebene Koalitionstreiber die Futtertruppenpolitik mitmachen und verteidigen; er wies darauf hin, daß Dr. Reinhold bei Beginn seiner Ministerialität derartige Ämter niedergelegt und somit ein reineres Empfinden hatte. Zu der Verteidigung von der schönen Schiedung erklärte Liebmann: Die Regierung hat so viel gelogen, daß sich die Balken bogen. (Großer Lärm bei der Koalition, besonders bei den Dreifundzwanziger.)

Der Versuch der Koalition, den Antrag Arzt sofort abzulehnen, scheiterte am Widerspruch links. Es muß deshalb noch eine zweite Lesung stattfinden. Zu Verurteilungen wurden Dr. Schjert (Dem.) und Genosse Liebmann bestimmt.

In vorgerückter Stunde erledigte dann das Haus noch zahlreiche Geschäftsgegenstände und beriet noch die Anträge der Sachsischen Partei sowie die Resolution zum Sachsischen Berggesetz. Die Vorlagen gingen an die zuständigen Ausschüsse.

Nächste Sitzung: Dienstag, 28. Juni.

feinfarbig blond

Feinfarbige Spangenschuhe
blond u. grau Bockal, mit Kommiss-
oder Lederabsatz 12⁵⁰

Blond fein Leder-Modenschuhe
m. Seitenpannungsm. u. L. X.V.-Absatz 13⁵⁰

Blond fein Leder-
Spangenschuhe
stark vornehm, mit Leder-
bordüre verziert 14⁵⁰

Strümpfe
zum Kleid und
Schuh passend, in
allen Nuancen

Stack Schiffabrik **Stack** Städt.

Verkaufsstelle:
Schuhwarenhaus G. m. b. H., Dresden
Johannstrasse 21. (1329)

120 000 Pfund

Lompenezucker

und Futzucker

halten wir in unseren Verteilungsstellen zur Verfügung der Mitglieder.
Die Abgabe erfolgt in jeder Menge.

Konsumverein

Vormärts

(1722)

Wenn niemand macht
Dewald Nachts

Möbel
billig!

Reform **Bellen**
von 24 an.

Ca. 25 neue mod.
Küchen

Großer Voller
Herrnzimmer
Speisezimmer
Schlafzimmer
Eckkabinett
von 35 M. an

Flurgarderoben
von 40 M. an

Stüchets (1723)
Eiche und Buchbaum
250 M.

Einzelmöbel
Goldene Leuten evtl.
Zahlungserleicht.
Hoh. Kassenabatt
Möbel-Nachts

Gaustlager
Raubachstr. 31. 1.
Erte Wilmmer Str.

Warten-Räder
Ausbl. 1 Woche
b. Gante, Daimler Alen
18.

Bunte Tageschronik

Sieben Soldaten durch Blitzschlag getötet

Bei einem Gewitter, das Mittwoch über Neufall an der Elbe niederlag, schlug der Blitz in der Nähe von Ritzsch in die Funktion einer Nachrichtenabteilung ein und tötete 7 Reichwehrgeladene.

Bei Landsberg a. d. S. wurde die Frau eines Landwirts auf dem Felde vom Blitz erschlagen. In der Nähe von Halle schlug der Blitz während eines wolkenbruchartigen Gewitters in die Scheune eines Rittergutes. Das 70 m lange Gebäude sowie die darin befindlichen Tiere wurden vernichtet.

Zwan Künstler verhaftet

Berlin, 25. Juni. (Vgl. Funknachr.) Wegen des Hauptangellanten im Künstlerprozess, dem Kaufmann Zwan Künstler, wurde am Donnerstagabend Haftbefehl erlassen, um jeden Fluchtversuch unmöglich zu machen.

Selbstmord wegen eines Festes des Arbeiterverbandes. Ein 44-jähriger Student hat in Pettendorn an der Bergstraße ein ihm wichtigerer Verein den Hof der Oberrealschule zum Geburtstag mit überaus reichhaltiger Unterhaltung und einem reichhaltigen Festessen im Laboratorium der Schule. Der Selbstmörder galt schon immer als Sonderling; politisch ist er nicht hervorgetreten.

Einem Blinddarm mit 15 Schrotlöchern hat der Berliner Frauenarzt Dr. Sonnenfeld vor kurzem einer Patientin operiert. Die Schrotkörner, die sich im Blinddarm festgesetzt hatten, waren bis 3 Millimeter stark und hatten teils scharfe Ecken und Kanten; sie hatten ein Gewicht von insgesamt 24 Gramm. Die Länge des Blinddarmes betrug 18 Zentimeter. Tropfen hatte die Patientin nie Verdauungsstörungen am Blinddarm. Es handelte sich bei der Frau um eine Pariserin, die sich durch häufiges Essen von Wild die Schrotkörner angeeignet hatten.

In Fischbergung gestoben. Bei aus Stolz verurteilt wird, starben nach dem Genuss von verdorbenen Nüssen zwei Frauen, die Witwe des früheren Gouverneurs Meißel und die Witwe des Chaussebauführers Brandstätter. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Seine eigene Feder in Brand gesetzt. Der Trikotfabrikant Richard Dellig in Chemnitz wurde unter dem dringenden Verdacht verhaftet, seine eigene Feder in Brand gesetzt zu haben, um die Versicherungssumme zu erhalten. Das Feuer wurde vorzeitig erlosch; die Kriminalpolizei stellte mehrere Brandherde mit Zeugnissen fest.

Der Durchmesser der Venus. Der Durchmesser des Planeten Venus ist vor kurzem einer Bestimmung unterworfen worden, weil sich gezeigt hatte, daß alle alten Messungen nur schlecht miteinander übereinstimmen. So gaben ältere Bücher 12 400 Kilometer, neuere 12 800 Kilometer, der Wiener astronomische Kalender für 1926 gar nur 12 181 Kilometer als Venusdurchmesser an, wogegen unsere Erde, im Gleicher gemessen, 12 766 Kilometer hält.

Kun ist es endlich, wie das "Weltall" mittels, durch Dr. Fuhs Untersuchungen über Kontraktionsphänomene und ihren Einfluss beim Kollaps heller Planetenscheiben und Sphären vor dunklen Himmelskörpern gelungen, die auf solche Weise behandelten Messungen unter sich in Einklang zu bringen und zu einem neuen Werte, nämlich 12 700 Kilometer für den Venusdurchmesser, zu vereinigen. Das heißt aber nicht weniger, als daß der Nachmittags unserer Erde ihr an Größe fast ganz genau gleich, so genau, daß das Auge im Abschätzen nicht zu sagen vermöchte, welche Kugel mächtiger ist. An Masse steht freilich Venus noch wie vor unserer Zeitmaterie um 18 Prozent nach, ebenso an Dichte, denn diese beträgt dort nur 4,81 Wassereinheiten gegen 5,56 bei uns. An dessen darf eines nicht vergessen werden. Der angegebene Erddurchmesser gilt von Meeresspiegel zu Meeresspiegel im Erdglobe. Bei Venus aber sehen wir den festen Boden oder den etwa vorhandenen Meeresspiegel überhaupt nicht, sondern stets nur die obere Fläche einer den ganzen Stern der Erde ähnelnden ständig einfallenden Wolfenschicht, die nach neueren amerikanischen Untersuchungen 90 bis 150 Kilometer hoch über dem Venusboden schweben dürfte. Nehmen wir durchschnittlich nur 100 Kilometer als mittlere Wolkenshöhe an, dann würde der wahre Durchmesser des Venuskörpers sich doch wieder auf 12 500 Kilometer ermaßen und die mittlere Dichte etwa 5 Wassereinheiten erreichen.

Rundfunk

Spielplan des Dresdner-Leipziger Senders für Sonnabend, 26. Juni
10,05 Uhr: Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung.
10,15 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst.
10,45 Uhr: Was die Zeitung bringt.
11,45 Uhr: Wetterdienst und -vorauslage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar.
12 Uhr: Mittagsmusik auf der Haupt-Phonola.
12,55 Uhr: Kauter Zeitzeichen.
1,15 Uhr: Briefe und Vorkundenbericht.
3-4 Uhr: Traubenerziehung aus Berlin (Deutsche Welle), Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts.
3 Uhr: Prof. Dr. Ansel und Oberlehrer Weßermann: Einheitslehre.
3,55 Uhr: Deutscher

Walter, Oberbergschullehrerin: Sie wird die Hausfrau den Anforderungen nach einer zeitgemäßen und billigen Lebensweise gelehrt. 4,30-5,15 und 5,30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 1. Mozart: Ouvertüre Idomeneus. 2. Haydn: Ein Strauß händischer Melodien. 3. Flotow: Antiope aus Ruzsa. 4. Komrat: Münchener Kind. 5. Wagner: Die Walküre, Antiope. 6. Offenbach: Großherzogin von Gerolstein, Potpourri. 6,30-6,45 Uhr: Funkballstunde. 6,45-7 Uhr: Wie bleiben wir gesund. 7-7,30 Uhr: Vorlesung aus englischer Prosabildung: The City-bells Harper: "Life and the Child and other Stories by Arnold Bennett" (Lauding Edition vol. 4068). 7,30-8 Uhr: Vortrag: Das Gähnen. 8,15 Uhr: 35 Jahre Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine. 8,15 Uhr: Volkstümlicher Operabend. Mitwirkende: Diane Manting (Soprano), Ernst Fossong (Bariton) und das Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber. 1. Mozart: Ouvertüre zu Figaros Hochzeit (Rundfunkorchester). 2. Mozart: Die Entführung aus dem Serail. 3. Wagner: Antiope aus Ruzsa (Rundfunkorchester). 4. Wagner: Eissas Traum aus Ruzsa (Rundfunkorchester). 5. Thomas: Antiope aus Ruzsa (Rundfunkorchester). 6. a) Thomas: Romane aus Ruzsa; b) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; c) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; d) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; e) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; f) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; g) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; h) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; i) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; j) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; k) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; l) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; m) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; n) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; o) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; p) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; q) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; r) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; s) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; t) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; u) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; v) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; w) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; x) Thomas: Die Entführung aus dem Serail; y) Thomas: Schwalben aus Ruzsa; z) Thomas: Die Entführung aus dem Serail.

Manaplas! Während des Jahrmärts bringt wohl die größte Schenkungsbücherei Schüssler große Auswahl an Büchern. Die Firma Schüssler hat keine Mühe und Kosten scheut, um das größte Wunder der Erde zu bringen. "Was" der Sonnenlicht vom Linné-Park zum Island, wurde extra für Dresden verpackt. Alles weitere siehe Inserat.

Stärkungsbücherei, alte und junge, Strauß und Schwandl trinken nur Wein billig vom 1870 bis über in Mädchen von 1870
G. Spielhagen, Amnenstraße 9, Waagner Straße 9, Galeriestraße 6.

Reise-Verkauf

Für den Jahrmarkt außerordentlich billige Preise

Damen-Sommer-Kleider:

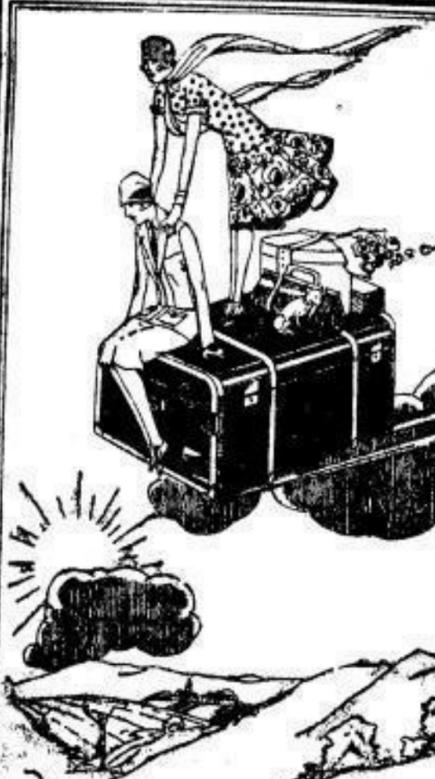
- Washedene Kleider in entzück. Schotten und Streifen 19,50, 12,50, 5,90
- Wachmusselin-Kleider in neuartig. Mustern, neuere Modart 9,75, 7,75, 6,50
- Wollmusselin-Kleider die prakt. Mode für kühle Tage 21,00, 17,50, 11,75
- Weißer Vollvoile-Kleider reizvolle Sommer-Neuheiten 20,00, 12,50, 10,75
- Crépe de Chine-Kleider hocheleg. Ausführg. wunderv. Muster 35,00, 30,00

Kasaks * Kleiderröcke:

- Hemdblusen in Zephir und Perkal, ganz enorm billig 2,90, 2,75, 2,50
- Wachseidene Kasaks in allerletzten Sommer-Neuheiten 18,50, 10,75, 8,00, 4,50
- Weißer Vollvoile-Kasaks in ganz besond. hübschen Modart 9,50, 7,50, 5,75
- Sommer-Kleiderröcke in Frotté und bestem Washrips, gestreift 8,75, 5,00, 4,50

Seidene u. wollene Mäntel:

- Schwarze Seiden-Mäntel in Fulgurand u. reinseid. Taffel 49,00, 39,00, 29,00
- Reinwollene Ripsmäntel elegante Faltenform, mandel, rosenholz 24,75, 21,75
- Burberry-Reisemäntel beste reinwollene Stoffe, neuere Formen 29,50, 24,50
- Preiswerte Covercoat-Mäntel mit biesengesteppten Taschen-Garnituren 9,75



Preiswerte Reisekoffer:

- Hariplate-Reisekoffer m. Messing-schloßern, Gr. 70 9,00, Gr. 60 8,35, Gr. 50 7,75
- Lehna-Vulkan-Reisekoffer 2schl., Gr. 75 14,50, 65 13,50, 55 12,50, 50 12,00
- Bügel-Reisekoffer Messingschloß u. -beschläge, Gr. 75 17,50, 70 17,00, 65 16,50

Am Jahrmarkt-Sonntag von nachm. 1 bis 6 Uhr geöffnet

Mädchen- u. Knab.-Kleidung:

- Musselin-Mädchen-Kleider dunkel, m. hell. Pospol, Gr. 100 4,75 bis Gr. 60 2,25
- Weißer Vollvoile - Mädch. - Kleider entzück. Modart, Gr. 80 5,50 bis Gr. 55 4,25
- Knaben-Waschblusen blau/weiß gestreift, Saffin, Matr.-Krg. f. 141 9,70 b. 51 5,25
- Knaben-Waschanzügebest. Kadett-Saffin, m. Matr.-Krg. f. 113 15,50 b. 51 10,50
- Bleyes Kinder-Strickkleidung in edigester Ausführung, unverwundlich haltbar

Herren - Bekleidung:

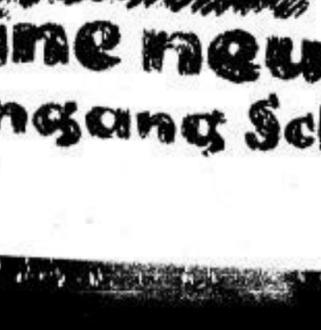
- Lüster-Sakkos gediegene Ausführg. blau u. schwarz 14,50, 12,50, schwarz 7,50
- Herren-Sportanzüge aus wetterfestem Loden, mit Breeschhose 45,00
- Engliche Art Sportanzüge mit 2 Beinkleidern 66,00, 72,00 67,00
- Herren-Lodenmäntel aus bestem bayrisch. Wetterloden 36,50, 32,50, 29,50

Herren-Wäsche - Krawatten:

- Herren-Stehumlegekragen steif, neuere Form 1,25, 0,90, weich 0,50, 0,35
- Herren-Oberhemden guter Perkal, neue Straißen, mit Kragen 7,00, 5,75
- Herren-Sporthemden aus sehr gutem Flanell, mit Kragen, Stück 3,90
- Breite Herren-Binder reine Seide, 4,50, 3,50, Kseide 1,60, 1,35, 1,10

DRESDEN - A BÖHMIE GEORGPLATZ

Genossen und Genossinnen! Unterstützt die Inserenten unserer Zeitung!



Einheitspreise

Die Sensation im Modehaus RENNER

In neuen Räumen ein neues Verkaufs-System / Renners Einheitspreis-Abteilung

Nach persönlichen Studien in England und Amerika eröffnen wir heute in unseren neuerstandenen Erdgeschossträumen eine Abteilung für Einheitspreise. Ihr Grundsatz ist: **Einfachheit - Schnelligkeit - Billigkeit**. Es gibt kein Warten mehr. Man wählt das Gewünschte, zahlt mit Wertmarke und erhält die Ware sofort fertig verpackt von der Verkäuferin. Wir aber können bei dem vereinfachten Verkaufssystem noch günstiger und qualitativ besser liefern als sonst. Wertmarken zu M.-25, -.50, -.75, -.95 an der Kasse erhältlich

Rote Packung -.25	Gelbe Packung -.50	Grüne Packung -.75	Blaue Packung -.95
Nr. 001 3x2 Mtr. Halb-leinenband	Nr. 304 3 Dutzend Perl-mutterknöpfe 16, 18, 22,	Nr. 710 10 Mtr. Zwirn-spitze	Nr. 0900 Besuchstasche, schwarz, mit feinen gelben Streifen
Nr. 004 3x1 1/2 Meter Zwirn-Körperband	Nr. 309 1 Paar Hosenträger	Nr. 737 2 Klöppelecken 1 Kissenstreifen	Nr. 0902 Kinder-Handtasche, Wildlederimitation, mit kleinen bunten Bildern
Nr. 005 2x7 Mtr. baumwollenes Nahtband, weiss oder schwarz	Nr. 327 1 Badehaube	Nr. 762 1 aufgezeichn. Waschtischgarnitur	Nr. 0903 Geldbörse aus braunem Leder
Nr. 016 2x1,10 Meter Gummi-Blusenlitze	Nr. 328 1 Kinderjäckchen, Gr. 1 b. 4	Nr. 765 1 Kinderzipfelmütze	Nr. 0908 1 Paar Kinderstrümpfe in guter Ausführung
Nr. 019 1 1/2 Mtr. prima Gummiband	Nr. 335 2 Kissensprüche (Klöppel)	Nr. 785 1 Paar Hosenträger	Nr. 0909 1 Paar Damenstrümpfe in schwarz
Nr. 021 60 cm Phantas.-Rüs.-Gummibd.	Nr. 351 1 Paar Damenstrümpfe	Nr. 809 1 Badehaube	Nr. 0910 1 Paar Herrensocken
Nr. 027 15 Schacht, à 3 Dtzd. Reißbrettstifte	Nr. 361 1 Strickbinder 1 P. Mansch.-Knöpf. 6 Kragenknöpfe	Nr. 816 1 Paar Seidenflossocken	Nr. 0914 1 Jumper-schürze aus gemust. Satin, mod. Muster
Nr. 029 1 Paar Kinder-Strumpfhalter	Nr. 375 3 Dtzd. Drücker 1 Nadelmappe 2 Docken Nähseide 1 R. (200 m) Oberg.	Nr. 817 1 Paar Damenstrümpfe	Nr. 0915 1 Scheuerschürze mit Latz und Tasche
Nr. 030 1 Paar Herren-Sockenhalter	Nr. 381 1 Taschentuch Occigarnitur mit Stickgarn	Nr. 823 1 Paar Kindersöckchen (Wollsch. 1 bis 10)	Nr. 0920 3 Staubtücher, grau, mit Kante
Nr. 031 1 Paar seidene Damen-Strumpfh.	Nr. 457 1 Kinderhöschen (Grösse 1 bis 4)	Nr. 756 1 aufgezeichn. Kaffeewärmer	Nr. 0923 1 Frottierhandtuch, gute kräft. Qual.
Nr. 033 7 Paar 100 cm lange Mako-Riemen	Nr. 481 2 vorgez. Deckchen (m. Klöppelst.)	Nr. 826 1 Einkaufstasche	Nr. 0924 1 Paar Damenschlüpfer, farb. sort.
Nr. 036 4 P. Shimmy-Riemen für Halbsch.	Nr. 483 1000 Mtr. 4fach Obergarn	Nr. 839 1 Geldtasche	Nr. 0933 1 Wander-mütze, solide Ausf.
Nr. 045 5 Dock. Twist, schwarz, weiss, braun, grau, beige	Nr. 0500 1 Knabenschürze	Nr. 0841 1 Mädchenschürze	Nr. 0935 1 Wanderstock kroatische Kastanie
Nr. 064 2 Kissenecken	Nr. 0521 1 Besuchs-tasche	Nr. 0843 1 Besuchs-tasche	Nr. 0937 2 Babyjäckchen in verschied. Grössen
Nr. 067 1 P. Mansch.-Knöpfe, 1 Kragennadel, 1 P. Aermelh.	Nr. 0522 1 Kinder-Handtasche	Nr. 0844 1 Fahrradpumpe mit Halter	Nr. 0951 1 Morgenhaube weiss, feiner Batist
Nr. 068 12 Mtr. Barmer Bogen	Nr. 0530 1 Fahrradklingel	Nr. 0850 1 Brotdose	Nr. 0952 1 Bubikopfnetz Kunstseide, in verschiedenen Farben
Nr. 106 5 Mtr. Valenciennespitze	Nr. 0532 1 Reparaturkasten	Nr. 0851 1 Damengürtel weiss, schw., grün, rot	Nr. 0956 1 Rucksack für Kinder, sehr stabil
Nr. 109 100 Steck-, 25 Nähnadeln, 2 Pack Locken- und 4 Pack Haarnadeln	Nr. 0638 1 Bubikopfnetz	Nr. 0846 1 Reisegarnitur (bestoh. aus 1 Handtuch, 1 Stück Seife in gummiert. Hülle)	Nr. 0957 1 verstellbarer Fahrradschlüssel
Nr. 111 1 Gummitier		Nr. 0852 1 P. Fahrrad-Rockhalter	Nr. 0958 1 Taschenmesser mit 2 Klängen
Nr. 0156 1 Damenhut-Karton für die Reise			Nr. 0966 1 Taschenspiegel mit Bürste

Einheitspreise aus unseren Spezial-Abteilungen

Windjacke, impr. Covercoat, 8.50	Kleid, Waschmusselin 2.50	Sporthüte und Formen kleine und grobe Formen gute Ausfüh., besond. preiswert 4.75	Schotten, reine Wolle, lebhatte Grundfarben mit bunten Karos 100 cm breit Meter M 3.-
Mantel, Strich-Covercoat 8.50	Kleid, Waschseide 4.50	Sporthut aus einfarbigem u. buntem Stroh, kleidsame Fasson, sehr preiswert M 5.75	Schotten, reine Wolle, farbenfreudige Muster für moderne Kleider, 100 cm breit Meter M 4.-
Mantel, imprägn. Covercoat, 12.50	Kleiderrock, melierter Stoff, 3.75	Sporthut aus weichem Stroh, reizende praktische Kopfbedeckung, moderne Farben 8.75	Schotten reine Wolle, mod. Karostellung, für Kleider u. Röcke, 100 cm breit, Mtr. 5.-
Mantel, Strich-Covercoat, für extra starke Damen 12.50	Kleiderrock, großkar. Stoff, 5.75		
Mantel, Donegal 12.50	Kleiderrock, grünlich-Loden, 6.75		
Mantel, schwarzer Alpaka, 16.50	Sporthüte und Formen Tagal, Liserei, Phantasiegeflecht, 2.75		
Mantel, imprägn. Covercoat, 16.50	Sporthüte und Formen helle und dunkle Farben 3.75		
Jacke, Phantasiestoff 16.50			

eine neue Abteilung
Eingang Schreiber-gasse 3

DRESDEN ALTMARKT
RENNER
ausgestellt in 5 Schaufenstern

Alaunplatz
Vom 26. bis 29. Juni
gr. Vergnügungseck!

Antons Weinhaus
Aeltest. Weinhaus • Gegr. 1788
Bietet in seinen gemütlich, behagl. Räumen
großes Lager bester Weine
auch aller Jahrgänge
Prima norddeutsche Küche • Schoppenauschank
Frauenkirche 2. part.
Beamte! Best die Volkszeitung!

Helft den Dresdner Zwinger erhalten!
Kauft Zwinger-Lose zu 1.- M.
bei allen Kollektoren und kenntlich gemachten Geschäften
Gesamtgeldgewinne 160000 M.
Ziehung bestimmt am 10. und 12. Juli.

Alaunplatz
Vom 26. bis 29. Juni
Belustigungen f. groß u. klein!

Prinzeß Theater
Lichtspiele

Des ganz großen Erfolges wegen
verlängert!

Prinzeß Theater
Lichtspiele

Die Fledermaus

Ein entzückendes Film-Lustspiel nach der Operette von Johann Strauß
mit **Harry Liedtke** Lya de Putty • Eva May • Paul Heidemann
Hans Junkermann • Jacob Tiedtke

Außerdem: **Europas Majestät**
Ein Film von den Schönheiten und Gefahren einer Montblanc-Besteigung.

Beginn der Vorstellungen: Täglich 4, 7 und 9 Uhr

ALHAMBRA
Lichtspiele
Fernsprecher 25527
Wettinerstr. 12 (am Postpl.)
Inhaber: Ernst Fincke



GRAF KOSTJA
6 Akte
Hauptrolle:
Conrad Veidt
Geheimnisse
und Enthüllungen einer Grafen-Ehe

**Hinter den Kulissen
der Reichspost**
4 Akte
Der mit großem Interesse
erwartete Film der Deulig
Wochentags: 6^u, 8^u Uhr
Sonntags: 4, 6^u, 8^u Uhr

Volkswohl-Theater-Lichtspiele — Ostra-Allee
Ab heute Freitag das grosse Schlager-Programm
Auf vielseitigen Wunsch persönlich auf der Bühne:
Pat und Patachon
in **Brut mit Hindernissen.**
Das Labyrinth des Grauens
Darsteller in ihrem Sketch.

Westend-Theater
Kesselsdorfer Straße 20

Bis Montag verlängert!
Der größte Film, den die Welt jemals sehen konnte



Ist das russische Monumental-Filmwerk:
**Panzerkreuzer
Potemkin**

Beginn: Täglich 5 Uhr, 7 Uhr, 9 Uhr

PALAST THEATER
ALAUSTR. 28

Das Ereignis!
Henny Porten
in
dem ergreifenden Grossfilm
Tragödie
Die Geschichte einer Ehe
verlängert
bis einschl. Montag

Vorstellungen:
Wochentags: 6^u, 8^u Uhr
Sonntags: 4, 6^u, 8^u Uhr

Edorado
Jeden Freitag
Sonntag
Der gute Tanz

Auf dem **Alaunplatz**
kann man vom 26.-29. Juni
seine Nerven Stundenlang stärken!

Auf dem **Alaunplatz**
kann man sich vom 26.-29. Juni
auch ohne Geld köstlich amüßigen!

Autoschule
1907
Langendorf
Pflitzer Straße 16

Inserate haben in der Volkszeitung besten Erfolg!

Zum Jahrmarkt

Einheits-Preise

fabelhaft billig!

Table listing various goods and their prices, including items like Strumpfgummi, Rüschengummi, Kissen-Ecken, and Damenstrümpfe. Large numbers 25, 50, 75, 95, 145 are used as visual anchors for price groups.

Jahrmarkts-Sonntag von 1 bis 6 Uhr geöffnet!

Kaufhaus Borinski

G. m. b. H. Wilsdruffer Str. 32 u. 34

Kaffee TEE advertisement featuring an illustration of a person with a tree and text about coffee quality and prices.

Röstritzer Schwarzbier advertisement with an illustration of a man drinking and text describing the beer's benefits.

Monatsgarderobe advertisement listing various clothing items like Riesenposten, Sport-Anzüge, and Kleiderripps.

Kredithaus Freudentals advertisement listing furniture and household goods like Bettinlett, Rohnessel, and Herren-Damen-Konfektion.

Schlechte Strassen, grobes Pflaster advertisement for S. J. Schmelzer, mentioning various brands like Wanderer and Mercedes.

Gute Bücher advertisement for Volksbuchhandlung and their branches.

Zu den Mahlzeiten advertisement for Köstlicher Schwarzbier, describing its health benefits.

Advertisement for 'Dinobol' and 'Herba-Seife' with an illustration of a dinosaur.